

Zeitung
der Schweizerischen
Friedensbewegung

Unsere Welt

Unsere Welt
Schweizerische Friedensbewegung
Postfach 2113, 4001 Basel

32. Jahrgang
Nr. 1 – 2009
Solidaritätsbeitrag: Fr. 2.–

Aus dem Inhalt

NATO und Atomwaffen	2
Statt Grund zum Feiern Grund zum Widerstand	3
Erinnerst Du Dich an Ophira?	4
50 Jahre Kubanische Revolution	5
Die Kinder von Tschernobyl	6
Kuba und die Biotechnik	7
Letzte Hoffnungen für die Miami 5?	8



Schweizerische Friedensbewegung SFB

Jahrestagung 2009

Sonntag, 26. April 2009

Rest. Rebhaus (Saal)
Riehenortstr. 11, Basel (nahe Wettsteinplatz)

Beginn 10.30 Uhr, Pause, ca. 12.30 Uhr,
Mittagessen im Restaurant möglich, Fortsetzung ab 14.00 Uhr

Traktanden:

Jahresberichte: – Sekretariat – Redaktion – Finanzen,
Programm / Aktivitäten: – UNSERE WELT – 60 Jahre SFB – Ostermarsch –
Veranstaltungen – Aktionen – Anregungen.

Die Jahrestagung ist öffentlich. Gäste erwünscht!

Vormerken: 19.09.09

Am 19. September 2009 wird die Schweizerische Friedensbewegung (SFB) im Basler Schmiedenhof ihren 60. Geburtstag feiern. Geplant sind Ausstellungen, Filmvorführungen, Diskussionen, kulturelle Beiträge rund um die Themen, für welche sich die SFB 60 Jahre lang eingesetzt hat und weitere sechzig Jahre einsetzen wird: den Friedenskampf der Völker, die internationale Solidarität, Abrüstung und Entwicklung.

Das genaue Programm entnehmen Sie der nächsten UNSERE WELT. Eines sei jetzt bereits verraten: Der Abend des 19.09.09 wird dem politischen Kabarett gewidmet sein und bestreiten wir diesen Abend niemand geringerer als der Grandseigneur des deutschen Politikcabarets, DIETRICH KITTNER.

Von Anfang an keine Existenzberechtigung

60 Jahre NATO – Es reicht!

Seit ihrer Gründung 1949 nahm die NATO für sich in Anspruch, den sogenannten freien Westen gegen den angeblich aggressiven Kommunismus zu verteidigen. Wäre dies wirklich die Existenzberechtigung der NATO gewesen, hätte sich nach dem Warschauer Pakt auch die NATO 1991 auflösen müssen. Dies geschah jedoch nicht. Peter Strutynski, Politikwissenschaftler an der Universität von Kassel und Sprecher des deutschen Friedensratschlags, erklärt warum.

Von Peter Strutynski

Worum ging es den Menschen nach dem Zweiten Weltkrieg, der zweiten und grössten Menschheitskatastrophe des 20. Jahrhunderts?

Das wichtigste für die Überlebenden des Weltkriegs war, dass ein neuerlicher Krieg unter keinen Umständen mehr sein durfte, und zwar weil er – wie Hiroshima und Nagasaki gezeigt hatten – die Selbstauslöschung der Menschheit zur Folge haben könnte.

Die internationale Nachkriegsordnung sollte entsprechend umgestaltet werden, indem einerseits den durch den Sieg der Anti-Hitler-Koalition geschaffenen neuen Realitäten Rechnung getragen wurde und andererseits eine neue Staatenorganisation über den Weltfrieden wachen sollte. In konzentrierter Form schlug sich dies in der Charta der Vereinten Nationen nieder. Neben dem als «Gewaltverbot» bekannt gewordenen Prinzip enthält die Charta noch die Garantie der souveränen Gleichheit und territorialen Integrität der Staaten sowie das Prinzip der Nichteinmischung in die Angelegenheiten fremder Staaten.

Vom allgemeinen Gewaltverbot sollte es lediglich zwei eng definierte Ausnahmen geben können: Einmal das individuelle oder kollektive Recht auf (militärische) Verteidigung im Fall eines gegnerischen Angriffs (Art. 51 UN-Charta). Zum anderen kann der UN-Sicherheitsrat militärische Massnahmen anordnen, wenn durch

Handlungen eines oder mehrerer Staaten der Weltfrieden und die internationale Sicherheit bedroht sind (Art. 39) und alle friedlichen Mittel zur Streitbeilegung erschöpft sind (Art. 42).

Die Instanz, die über den Weltfrieden zu wachen hatte, war und ist bis heute der UN-Sicherheitsrat. In ihm spiegelt sich vielleicht am deutlichsten das reale internationale Kräfteverhältnis am Ende des Zweiten Weltkriegs wider: Ganz im Gegensatz zur proklamierten «Gleichheit» aller UN-Mitgliedsstaaten sicherten sich in diesem höchsten Gremium die Siegermächte des Zweiten Weltkriegs einen ständigen Sitz, der zudem mit einem nur ihnen zustehenden Veto-Recht ausgestattet wurde. Diese Konstruktion war damals verständlich, weil sie allein eine Garantie für die Errichtung eines stabilen Friedens in Europa und in der Welt zu bieten schien. Japan und Deutschland als die Hauptschuldigen am Weltkrieg sollten nie wieder in die Lage kommen, ihr kriegerisches Haupt zu erheben.

NATO schafft Sicherheitsdilemma

Die Gründung der NATO 1949 war dagegen von Anfang an ein problematischer Akt, der so gar nicht zur Charta der Vereinten Nationen passen wollte. Die UNO war als ein System kollektiver, das heisst auf Gegenseitigkeit beruhender Sicherheit aller Staaten gedacht und organisiert worden. Ein Militärpakt dagegen geht

von aktuellen oder potenziellen Gegnern aus, ist also ausschliessend (exklusiv) und nimmt in Kauf, dass die Ausgeschlossenen sich ebenfalls zusammenschliessen. Beide – oder noch mehr – Seiten geraten also in das bekannte «Sicherheitsdilemma», wonach die militärische Organisation des eigenen Schutzes zum Bedrohungsempfinden der anderen Seite beiträgt, die nun ihrerseits sich militärisch zu schützen versucht. So werden dann jegliche Rüstungsanstrengungen als Verteidigungs- oder «Nachrüstungs»-Massnahmen dargestellt – und zwar auf beiden Seiten. Die NATO widerspricht also von Anfang an den Grundsätzen des modernen Völkerrechts.

Friedensschalmeien

Der Missgeburt NATO sollte man ihren Fehler aber nicht ansehen. Daher hüllte sie sich in ein völkerrechtliches Mäntelchen. Ihre Gründungsurkunde, der «Washingtoner Vertrag» vom 4. April 1949, atmete so sehr den Geist der UN-Charta, dass man den entstehenden Militärpakt fast für eine Unterorganisation der Vereinten Nationen halten konnte. Schon in der Präambel bekunden die Vertragsparteien «ihren Glauben an die Ziele und Grundsätze der Satzung der Vereinten Nationen und ihren Wunsch, mit allen Völkern und allen Regierungen in Frieden zu leben». Artikel 1 und Art. 7 des NATO-Vertrags sind so stark an Formulierungen der UN-Charta angelehnt, dass man sich fragen muss, warum es eines solchen Bündnisses überhaupt bedarf.

Hinzu kommen zwei bemerkenswerte Einschränkungen der Reichweite des Militärbündnisses. Einmal betraf dies seine geografische Begren-

Fortsetzung auf Seite 2

Ins Rentenalter gekommen

Nach 60 Jahren Hochrüstung und Entwicklung von modernsten Massenvernichtungswaffen ist die NATO zum mächtigsten Militärbündnis in der Geschichte der Menschheit geworden. Bis Ende der 80er Jahre musste das militärische Gleichgewicht zwischen Ost und West als Begründung für eine wahnsinnige Rüstungsspirale hinhalten. Mit dem Wegfall des Warschauerpaktes hätte man annehmen können, dass nun zurückgeschraubt wird. Es war ja dann auch die Rede vom Ende des kalten Krieges. Nichts deraartiges hat wirklich stattgefunden. Weiter stiegen Jahr für Jahr die Rüstungsausgaben ins Unermessliche. Die NATO-Staaten haben, unter der Führung der USA, alle Bedrohungen erfunden und Kriege geführt mit dem Ziel die Kontrolle über den Globus endgültig zu übernehmen. Diese Kriegsmaschinerie ist aber nicht nur eine unfassbare Geldvernichtungsanlage, sie ist vor allem die grösste Bedrohung, gegen eine friedliche und selbstbestimmte Entwicklung der Völker.

Nun wird sich die NATO also bald selber feiern. Man kann schon hören wie sie von Menschenrechten und Demokratie reden und damit die wahren Inhalte dieser Begriffe verhöhnen.

Die Friedensbewegung feiert in diesem Jahr ebenfalls ihr 60 jähriges Bestehen, was bestimmt kein Zufall ist. Mit ihren bescheidenen finanziellen Mitteln versuchte die SFB in all den Jahren Gegensteuer zu geben und mit der Herausgabe von UNSERE WELT dazu Hintergrundwissen zu vermitteln. Wir werden trotz hohem Alter nicht einseitig in den Ruhestand treten. Wir bitten Sie um grosszügige Unterstützung, für einen gerechten Frieden.

Dieser Ausgabe liegt ein Einzahlungsschein bei. Wir bitten Sie, damit den Abonnementsbeitrag von Fr. 12.– zu bezahlen und freuen uns über jede zusätzliche Spende. Besten Dank.

Ruedi Moser, Sekretär SFB



Fortsetzung von Seite 1

zung auf das «nordatlantische Gebiet nördlich des Wendekreises des Krebses» (Art. 6). Militäroperationen ausserhalb dieses Raums, also «out of area» – seit dem Krieg gegen Jugoslawien und dem neuen «Krieg gegen den Terror» schon fast zur Regel geworden – waren nicht vorgesehen und vertragswidrig.

Die zweite Einschränkung ist inhaltlicher Art und wird bis zum heutigen Tag in der öffentlichen Debatte gern überschen: Nach Artikel 5 des NATO-Vertrags verpflichten sich die Vertragspartner zum Beistand für den Fall, dass ein oder mehrere Mitglieder angegriffen werden. Ausdrücklich wird hierbei auf das Recht auf individuelle oder kollektive Selbstverteidigung gemäss Art. 51 der UN-Charta verwiesen. Es bleibt den NATO-«Parteien» aber vollkommen selbst überlassen, welcher Art ihr Verteidigungsbeitrag ist, «indem jede von ihnen unverzüglich für sich und im Zusammenwirken mit den anderen Parteien die Massnahmen, einschliesslich der Anwendung von Waffengewalt, trifft, die sie für erforderlich erachtet, um die Sicherheit des nordatlantischen Gebiets wiederherzustellen und zu erhalten.»

Eindämmung des Kommunismus

Einer solchen Völkerrechtslyrik widersprach die politische Intention der NATO. Deren Gründung war das letzte Glied einer Reihe von Massnahmen der westlichen Siegermächte zur Eindämmung dessen, was seiner Zeit die kommunistische Weltrevolution genannt wurde. Spätestens mit der «Eisernen Vorhang»-Rede Churchills im Jahr 1946 und der ein Jahr später formulierten Truman-Doktrin war klar geworden, dass der Zweite Weltkrieg in einen Kalten Krieg mündete, dessen Kontrahenten, die Sowjetunion und die USA, zwei gegensätzliche Gesellschaftssysteme vertraten.

Die Haupt Sorge der Sowjetunion galt der eigenen Sicherheit, wozu die Bildung eines cordon sanitaire, eines Systems vorgelagerter befreundeter Staaten entsprechend der in Teheran, Jalta und Potsdam vereinbarten Hemisphären diente. Es war, wie der grosse Historiker des 20. Jahrhunderts, Eric Hobsbawm, feststellte, eine defensive, auf Sicherung des Status quo und auf den inneren Machterhalt gerichtete Aussenpolitik.

Die Haupt sorge der USA hingegen galt der Abwehr des vermeintlich aggressiven Kommunismus und dessen Eindämmung (containment) bzw. Zurückdrängung (Roll back). Dies begann mit der militärischen Bekämpfung von Aufständen in der eigenen Hemisphäre (z.B. Griechenland) und der Ausarbeitung von Putschplänen, die eine Machtübernahme durch damals starke kommunistische Parteien verhindern sollten (Frankreich und Italien). Dem dienten auch die Einrichtung von Militärstützpunkten rings um die Sowjetunion sowie die Gründung von Militärallianzen in Asien und im pazifischen Raum (CENTO, SEATO und ANZUS).

Die Geschichte der NATO wird heute vielfach als «Erfolgsgeschich-

te» bezeichnet, und zwar von denjenigen, die zur Westbindung und zur Restauration kapitalistisch-imperialistischer Verhältnisse keine Alternative gelten lassen wollten. Das sind auch diejenigen, die die «Freiheit» im Westen genauso gut aufgehoben sahen wie sie deren totale Unterdrückung im Osten behaupteten. Sie sahen auch nie ein Problem darin, dass durch die Ost-West-Blockkonfrontation die Welt nicht nur 40 Jahre lang in Atem gehalten, sondern auch an den Rand einer atomaren Katastrophe gedrängt wurde. Ich erinnere hier vor allem an den NATO-Doppelbeschluss vom 12. Dezember 1979, der die Aufstellung neuer atomarer Mittelstreckenraketen (der sog. Cruise Missiles und Pershing II) in Westeuropa vorsah, womit das Ziel verfolgt wurde, einen atomaren Enthauptungsschlag gegen die Sowjetunion durchzuführen. Ein zweifelhafter «Erfolg» war auch die gigantische nukleare und konventionelle Hochrüstung der beiden Blöcke, die den Volkswirtschaften ebenso gigantische Mittel zur Lösung dringender Menschheitsprobleme wie Hunger, Armut und Massenarbeitslosigkeit entzog.

NATO erfindet sich neu

Das wahre Gesicht der NATO enthüllt sich vielen Menschen eigentlich erst nach dem Ende der Ost-West-Blockkonfrontation. Die Ratlosigkeit der Militärs, Rüstungslobbyisten und Sicherheitspolitiker 1989/91 war aber von erstaunlich kurzer Dauer. Nachdem der äussere Feind nicht nur abhanden gekommen war, sondern sich teilweise sogar zu einem Verbündeten wandelte, erfand sich die NATO neu: An die Stelle militärischer Bedrohung mussten nun – aus einer Art Selbsterhaltungstrieb des Militärs heraus – neue Arten von Bedrohungen und Risiken konstruiert werden, die eine Aufrechterhaltung des militärisch-industriellen Komplexes rechtfertigten.

Dies gelang der NATO auf kreative Weise. Ob es um die Bevölkerungs-«explosion» in der Dritten Welt ging oder um das Weltklima und die dünner werdende Ozonschicht, um Armut, Verelendung und Migrationsströme (aus dem «Süden») oder um Engpässe im weltweiten Nahrungsmitteldargebot, um Energieknappheit oder schwer zugängliche andere Ressourcen: Für all diese offenkundig nicht militärischen Risiken erklärte sich die NATO zuständig. Das Zaubervort, von dem sich damals auch die Friedensforschung infizieren liess, hiess «erweiterter Sicherheitsbegriff».

Die neuen «Risiken»

Im November 1991 verabschiedete der NATO-Gipfel in Rom ein neues strategisches Konzept. Dieses Konzept, die «Römische Erklärung», enthielt die strategische Neuorientierung des ursprünglich auf Verteidigung ausgelegten Militärbündnisses. Die Gefahr eines «grossangelegten, gleichzeitig an allen europäischen NATO-Fronten vorgetragenen Angriffs» sahen die NATO-Strategen als «praktisch nicht mehr gegeben» an. In einer solchen Lage fällt es natürlich

schwer, den eigenen Militärapparat weiter zu legitimieren. Also wurde die alte Bedrohung durch eine neue Art von Bedrohung ersetzt. In der Erklärung von Rom heisst es:

«*(Sie die neuen «Risiken», P.S.) sind eher Konsequenz der Instabilität, die aus den ersten wirtschaftlichen, sozialen und politischen Schwierigkeiten, einschliesslich ethnischer rivalitäten und Gebietsstreitigkeiten entstehen können, denen sich viele mittel- und osteuropäische Staaten gegenübersehen.» (Ziffer 10) Und Ziff. 9 formuliert:*

«*Im Gegensatz zur Hauptbedrohung der Vergangenheit sind die bleibenden Sicherheitsrisiken der Allianz ihrer Natur nach vielgestaltig und kommen aus vielen Richtungen, was dazu führt, dass sie schwer vorherzusehen und einzuschätzen sind. Die NATO muss fähig sein, auf derartige Risiken zu reagieren...»*

Das haben sich die Militärs, die in dieser schwersten Stunde ihres Lebens um eine Zukunftsperspektive ihres Berufsstands rangen, wirklich fein ausgedacht: Um sich vor «unvorhersehbaren» Risiken «aus allen Richtungen» zu schützen, kann im Grunde genommen alles und jedes an Bewaffnung und Ausrüstung gefordert werden. Denn man muss ja auf alle Eventualitäten gefasst sein.

In der Römischen Erklärung 1991 wurden auch schon die – etwas konkreteren – Herausforderungen genannt, denen sich die NATO zuwenden müsse. Neben dem klassischen Fall eines Angriffs auf das Bündnisgebiet, was aber faktisch ausgeschlossen ist, habe die Sicherheit des Bündnisses auch den «globalen Kontext» zu berücksichtigen:

«*Sicherheitsinteressen des Bündnisses können von anderen Risiken berührt werden, einschliesslich der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, der Unterbrechung der Zufuhr lebenswichtiger Ressourcen sowie von Terror- und Sabotageakten.» (Ziff. 13)*

Diese «Risiken» blieben stiftbildend für alle weiteren Strategiepapiere der NATO, aber auch nationaler Militärdoktrinen etwa der USA (Nationale Sicherheitsstrategie-NSS), Deutschlands (Verteidigungspolitische Richtlinien-VPR) oder auch der Europäischen Union (Europäische Sicherheitsstrategie-ESS).

Ergänzt wurden sie in der Folge lediglich noch um den Gedanken der «humanitären Intervention», zu dem die zivilisierte Weltgemeinschaft dann verpflichtet sein könne, wenn Verbrechen, «ethnische Säuberungen», Völkermord oder andere massive Menschenrechtsverbrechen stattfinden.

Der Krieg gegen Jugoslawien 1999 war der erste Krieg, den die NATO aus «humanitären Gründen» geführt hat; der andauernde «Antiterrorkrieg» in Afghanistan und anderswo im Rahmen von Operation Enduring Freedom ist der erste Krieg der NATO (und anderer «Verbündeter»), der dem «Risiko Terrorismus» gilt; und der Irakkrieg der USA und nicht weniger in der «Koalition der Willigen» kämpfender NATO-Mitglieder ist der erste seiner Art, der die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen zu verhindern vorgab.

Es ging von Anfang an um Herrschaft

Das erschreckendste Ergebnis der Entwicklung der Welt nach dem Ende der Blockkonfrontation ist aus meiner Sicht, dass die militärischen Konflikte sowohl an Zahl als auch an Schärfe zugenommen haben, obwohl es heute die unversöhnliche Gegnerschaft zweier unterschiedlicher Gesellschaftssysteme im Weltmassstab nicht mehr gibt. Dem Imperialismus, so lautet meine Schlussfolgerung, ging es also nicht nur um die Niederwerfung des Kommunismus, sondern es geht ihm auch um die Ausbreitung seines eigenen Herrschafts- und Machtbereichs gegenüber anderen Konkurrenten. Dies könnte an dem im

August 2008 aufgetauten «eingefrorenen Konflikt» um die abtrünnige georgische Republik Südossetien exemplifiziert werden.

Das andere Beispiel ist Afghanistan. Auch in Afghanistan geht es dem Westen vor allem um die interessante geostrategische Lage. Afghanistan liegt inmitten einer Region, in der nahezu die Hälfte der Menschheit lebt und die über zwei Drittel der weltweiten Öl- und Gasvorkommen verfügt. Afghanistan ist somit eine der begehrtesten strategischen Regionen der Erde, geradezu prädestiniert als eine Art terrestrischer Flugzeugträger und Stationierungsort für Radaranlagen und Raketenabschussrampen. Wer wollte hier nicht das Sagen haben?!

Die jüngsten Ereignisse auf dem eurasischen «Schachbrett» rufen Erinnerungen an den für erledigt gehaltenen alten Kalten Krieg wach. Die seiner Zeit von George F. Kennan erfundene Eindämmungspolitik (Containment) gegenüber der Sowjetunion wird nur von einer möglicherweise härteren Variante abgelöst, für die Bezeichnungen wie Constriction (Einschnürung) oder gar Strangulation (Strangulierung) zutreffender sein dürften. Sollte dies gelingen, könnte sich die NATO, die auf dem Bukarester Gipfel 2008 die Weichen auf eine globale Erweiterung gestellt hat, voll auf den Kontrahenten China konzentrieren. Denn Peking, das hat auch die Inszenierung der Olympischen Spiele 2008 gezeigt, möchte in der neuen Weltordnung eine eigenständige Rolle spielen.

Für die Menschen bedeutet das aber: Neue Rüstungen, neue Spannungen, neue Kriege. Für uns heisst das: Es gibt für die Menschheit nur dann eine Zukunft, wenn die NATO keine Zukunft hat. Daher sage ich: 60 Jahre NATO: Es reicht!

(Input für die Internationale Konferenz am 4./5. Oktober 2008 in Stuttgart. Von der UW-Redaktion gekürzt und mit Untertiteln versehen.)
Quelle: www.uni-kassel.de/fb5/frieden

Eine europaweite Herausforderung

Die NATO und die Atomwaffen

Es ist an der Zeit, die Atomwaffen aus Europa hinauszuschaffen. Zu ihrem sechzigsten Jubiläum muss die NATO die Botschaft erhalten, dass wir keine Kernwaffen brauchen – und die NATO auch nicht.

Von Sian Jones

Die für den Kalten Krieg geschaffenen Atomwaffen sind weit schlimmer als nur irrelevant im aktuellen Sicherheitskontext. Sogar innerhalb des Militärs werden solche Waffen zunehmend als Relikte aus dem letzten Jahrhundert wahrgenommen, als militärisch ungeeignet und als massive Belastung der Ressourcen, die das Militär für die konventionelle Kriegsführung beansprucht.

Selbst auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges waren die einzigen NATO-Mitglieder mit Atomwaffenbesitz die USA und Grossbritannien (wobei die britischen Waffen ab 1958 mehr oder minder unter US-Kontrolle standen). Während theoretisch die Nuklearwaffen sowohl der USA als auch Grossbritanniens Teil des NATO-Arsenals sind, beansprucht jeder Staat (Grossbritannien in der Theorie, aber nicht in der Praxis) im Falle eines Einsatzes die Kommandoverantwortung. Frankreich hingegen ist zwar ebenfalls Mitglied, hat aber von der NATO unabhängige Atomwaffen.

Nun zeichnet sich ein Wandel ab. Zwar haben die USA, Grossbritannien und Frankreich mit der Entwicklung neuer Atomwaffensysteme begonnen, doch wurden 2008 alle drei von der Mehrheit der Staaten ohne «praktisch nicht mehr gegeben» an. In einer solchen Lage fällt es natürlich

Kernwaffen (Non-Proliferation Treaty, NPT) für ihre anhaltende Weiterverbreitung verurteilt. In Europa drängen Deutschland und Norwegen zu einer umfassenden Überprüfung der Waffenkontrollpolitik, und innerhalb der europäischen Staaten, in denen US-Kernwaffen stationiert sind, wächst die Opposition auf politischer wie gesellschaftlicher Ebene. Im Februar kündigte Obama an, der atomaren Abrüstung eine Vorrangstellung einzuräumen, um die alten Spannungen des Kalten Krieges abzubauen. Dabei schlug er vor, dass sowohl die USA als auch Russland den Abbau ihrer nuklearen Sprengköpfe auf 1'000 anstreben sollten. Diese Verhandlungen sollen in diesem Jahr im Rahmen des 1991 begonnenen Strategic Arms Reduction Treaty (START) geführt werden.

AktivistInnen können sich Erfolg versprechend in diese Entwicklungen einbringen. Mit dem 60. Jubiläum der NATO gibt es Anzeichen, dass im April eine Überarbeitung des Strategiekonzepts und somit auch der Atomwaffenpolitik ansteht. Es gibt ebenfalls Hinweise darauf, dass sowohl die USA als auch die europäischen Stationierungsländer nach einer Gelegenheit Ausschau halten, die taktischen Kernwaffen ohne Gesichterverlust aus Europa zu entfernen.

Die US-Atomwaffen sind im Rahmen des NATO-Strategiekonzepts in

Belgien, Deutschland, Italien, den Niederlanden und der Türkei stationiert, was als «atomare Teilhabe» bezeichnet wird. Vermutlich haben die USA in Europa insgesamt bis zu 350 taktische Atomwaffen. Ballistische Bomben des Typs B-61 befinden sich im Luftwaffenstützpunkt Kleine Brogel in Belgien, in Buchel in Deutschland und im niederländischen Volkel. In Italien sind zwischen 70 und 90 Waffen auf Aviano und Ghedi Torre verteilt; weitere 50 bis 90 sind im Luftwaffenstützpunkt Incirlik in der Türkei stationiert. Vor ihrem Abzug im Juli 2008 gab es mehr als 110 Kernwaffen im britischen Lakenheath. Ausser im Fall der Türkei können diese Bomben theoretisch entweder von Piloten und Luftwaffe der USA oder der Stationierungsländern eingesetzt werden.

Nach internationalem Gesetz ist die «nukleare Teilhabe» unrechtmässig. Der NPT verbietet Nuklearwaffenstaaten (NWS) wie den USA, Atomwaffen sowie die direkte oder indirekte Kontrolle darüber an Nicht-nuklearwaffenstaaten (NNWS) wie Belgien, Deutschland, Italien, die Niederlande und die Türkei zu übergeben und verbietet letzteren, solche Waffen entgegenzunehmen. Die USA vertreten den Standpunkt, dass ihr Verhalten den Vertrag nicht bricht, da die Übereinkunft schon vor Inkrafttreten des Non-Proliferation Treaty getroffen wurde. Allerdings erfährt diese Position sogar innerhalb der USA wenig Rückhalt: in einer aktuellen



Kundgebung von August 2008 gegen Atomwaffen vor der US-Nuklearbasis in Büchel, Deutschland. Bild Wikimedia/Buroll.

Fortsetzung von Seite 2

len Umfrage war mehr als die Hälfte der US-Bürger der Meinung, dass die nukleare Teilhabe möglicherweise einen Bruch des Abkommens darstellt und beendet werden sollte.

Mehrheit gegen A-Waffen

In ähnlicher Weise herrscht nur in wenigen der Stationierungsländer grosse Begeisterung für die nukleare Teilhabe. Obwohl die deutsche Regierung offiziell erklärt hat, weiterhin US-Waffen «für absehbare Zeiten» zu beherbergen, könnte diese Politik laut der Nichtregierungsorganisation BASIC sehr bald in Frage gestellt werden, wenn die Tornados (die derzeit mit den B-61 bestückt sind) durch die Typhoon-Eurofighter ersetzt werden sollen. Berichten zufolge setzte die Regierung das Parlament 2004 darüber in Kenntnis, dass eine Zertifizierung der Typhoons für Nuklearwaffen nicht geplant sei.

Laut Hans M. Kristensen wünschen sich über 70% der Deutschen und Italiener Atomwaffenfreiheit für ihre Staaten und für ganz Europa; über 63% in Belgien und in den Niederlanden sind gegen die nukleare Teilhabe. Für die Türkei liegt die Zahl nach den breiten Protesten gegen die Stationierung von US-Truppen im Irakkrieg bei über 88%. Jeder dieser Staaten könnte jederzeit aus der Vereinbarung aussteigen, wie es Griechenland, Südkorea und Japan bereits getan haben (vgl. <http://www.basicint.org/getz/gtz11.htm>).

In der britischen Atomwaffenfabrik in Aldermaston bereitet ein grosses Bauprogramm Grossbritannien darauf vor, den Trident-Nachfolger zu bauen. Das britische System – von den Raketen selbst (die von den USA geleast sind) über die amerikanischen Gesellschaften Lockheed Martin und Jacobs Engineering, die Aldermaston im Auftrag der britischen Regierung betreiben, bis hinab zur Ebene der Zielerfassung – ist vollständig unter US-Kontrolle. Seit dem «Abkommen über Zusammenarbeit bei der Nutzung der Atomenergie zu Zwecken der gegenseitigen Verteidigung» (kurz Mutual Defence Agreement) von 1958 hat Aldermaston mit Partneranlagen in den USA nukleare Sprengköpfe entwickelt. Jüngste Berichte bestätigen, dass Aldermaston jetzt das finanzschwache amerikanische Programm zum Bau des Reliable Replacement Warhead unterstützt unter dem Vorwand, den so genannten britischen Hochsicherheitssprengkopf zu entwickeln.

Obwohl Sarkozy 2008 die Reduzierung der taktischen Atomwaffen im Luftwaffenbereich ankündigte, werden in Frankreich ab 2010 neue M-51- Langstreckenraketen einsatzfähig sein, die mit neuen Sprengköpfen ausgestattet sind. Es gibt ebenfalls Hinweise auf eine möglichen Annäherung an Grossbritannien und zwar mit der Idee im Hintergrund, beide Atomwaffenarsenale für die «Verteidigung» Europas zu koordinieren.

Zeit zu handeln

Selbst die NATO gesteht ein, dass sie ihre Atomwaffen nicht einzusetzen beabsichtigen. Ihr aktuelles Strategiepapier hält fest: «Die Nuklearwaffen spielen weiterhin eine zentrale Rolle bei der Kriegsprävention, aber ihre Rolle ist nun in grundlegender Weise politischer geworden, und sie werden nicht mehr als spezifische Drohung eingesetzt.»

Das Argument einer kriegsverhindernden Funktion von Atomwaffen ist schon seit Jahren widerlegt. Während Grossbritannien und die USA vielleicht eine neue «politische» Generation von Trident-Langstreckenraketen anstreben, gibt es keine politische Notwendigkeit für taktische Atomwaffen. Sogar unter Bush erwog das Pentagon die Möglichkeit, die Stationierungen in Europa zu reduzieren oder ganz zu beenden. Laut der jüngsten Analyse von BASIC «wird die Regierung unter Obama die Meinung (bezüglich eines Abzugs) innerhalb des Bündnisses auch über die Stationierungsländer hinaus sondieren, bevor sie bedeutende Veränderungen vornimmt.» Durch politischen Druck könnte der Abzug Wirklichkeit werden, und dies müsste geschehen, bevor die USA Ende 2009 oder Anfang 2010 die versprochene neue Nuclear Posture Review veröffentlicht. Sowohl die amerikanische als auch die europäischen Regierungen müssen die Botschaft erhalten.

Es ist ebenso an der Zeit, die NATO davon abzuhalten, ihre Haltung gegenüber atomaren Erstschlägen zu überdenken. Während der «Ersteinsatz» seit der Nuclear Posture Review von 2002 zur US-Doktrin gehört, lehnt die NATO diesen bisher ab, doch wächst seit Anfang 2008 der Druck zur Neuaufrichtung, auch von Seiten ehemaliger Militärschefs. Wir müssen sicherstellen, dass die NATO die US-Doktrin zurückweist und ihre derzeitige Position beibehält.

In den 1980er Jahren gelang es einer breiten Anti-Atom-Bewegung in den NATO-Mitgliedsstaaten, sowohl die amerikanischen Pershing-Raketen als auch die Cruise Missiles loszuwerden. Das Jahr 2009 bietet die Chance, die Überreste des Kalten Krieges loszuwerden und die amerikanischen Atomwaffen aus Europa hinauszuschaffen – als ersten Schritt im Abbau des NATO-Atomwaffenarsenals. Der nächste Schritt wird es sein, die Entwicklung einer neuen Generation von Trident-Nuklearwaffen in Grossbritannien und den Einsatz des neuen französischen Waffensystems (und – falls Sarkozys Ankündigungen Glauben geschenkt werden muss – ihre Vereinigung zu einem europäischen Atomwaffenarsenal) zu stoppen. Wir haben die Chance, Europa von den Massenvernichtungswaffen zu befreien – nutzen wir sie!

Sian Jones ist Aktivistin der Aldermaston Women's Peace Camp(aign). Quelle: Das zerbrochene Gewehr, Februar 2009, No. 81

Gewaltfreien Aktion gegen die NATO am 4. April 2009

Schicken wir die NATO in Rente

Am 3. und 4. April treffen sich die Staats- und Regierungschefinnen und -chefs der NATO in Baden-Baden und Strassbourg, um den 60. Geburtstag der NATO zu feiern. Wir sind der Meinung: 60 Jahre NATO sind kein Grund zum Feiern, sondern ein Grund, gewaltfrei Widerstand zu leisten!

Seit ihrer Gründung 1949 nahm die NATO für sich in Anspruch, den sogenannten freien Westen gegen den angeblich aggressiven Kommunismus zu verteidigen. Wäre dies wirklich die Existenzberechtigung der NATO gewesen, hätte sich nach dem Warschauer Pakt auch die NATO 1991 auflösen müssen. Dies geschah jedoch nicht. Schon während des Kalten Krieges trug die NATO massgeblich zum Wettrüsten zwischen Ost und West bei, und war mit der geheimen Operation Gladio auch an der Repression gegen linke Bewegungen im Westen und den Putschen in Griechenland 1967 und der Türkei 1980 beteiligt. Nach 1990 hat sich die NATO sehr schnell von einem vorgeblichen Verteidigungsbündnis zu einem Interventionsbündnis zur militärischen Durchsetzung westlicher Interessen entwickelt.

Heute steht die NATO für:

- weltweite Militärinterventionen, derzeit z.B. im Kosovo und in Afghanistan, mit der Stationierung im Mittelmeer und einer Trainingsmission im Irak, die Polizei und Militär im Irak ausbildet. Mit den drei letztgenannten Militäreinsätzen ist die NATO aktiv am sogenannten «Krieg gegen Terror» beteiligt, bei dem es letztlich um die Durchsetzung westlicher Vormachtstellung und Rohstoffinteressen geht;
- die illegale Stationierung von Atomwaffen in Europa und die Beibehaltung der ebenfalls illegalen wie auch menschenverachtenden Option des Ersteinsatzes von Atomwaffen;
- die Abkoppelung vom Völkerrecht, z.B. durch die völkerrechtswidrige Bombardierung Jugoslawiens 1999 und die generelle Option, ggf. ohne UN-Mandat Krieg zu führen (Selbsternächtigung der NATO)

• **strukturelle Gewalt:** die Rüstungsausgaben der NATO-Staaten betragen mehr als 70% der globalen Rüstungsausgaben. Diese Gelder fehlen für die Lösung von sozialen und Umweltproblemen weltweit.

Kurz: für uns steht die NATO für die Aufrechterhaltung des globalen Status Quo, die militärische Absicherung und Durchsetzung der westlichen Wirtschafts-, Rohstoff- und Hegemonialinteressen und damit für die Ausbeutung der Länder des Südens. Die NATO wird somit faktisch zum militärischen Arm der Staaten der G7 (G8 minus Russland), insbesondere in der derzeitigen Finanz- und Wirtschaftskrise kann diesem militärischen Arm schnell eine noch grössere Bedeutung zukommen.

Der NATO-Gipfel 2009: Verabredung zur Kriegsführung und zum Bruch des Völkerrechts

Beim NATO-Gipfel werden die Staats- und Regierungschefinnen und -chefs der NATO-Staaten die Fortsetzung und Weiterentwicklung dieser Politik beraten und entsprechende Beschlüsse fassen. Dies stellt faktisch eine Verabredung zum Bruch des Völkerrechts und zur Führung von Angriffskriegen dar. Dem werden wir unseren gewaltfreien Widerstand entgegenzusetzen.

Die Aktion: NATO-Ziviler Ungehorsam (NATO-ZU)

Gewaltfreie Aktion gegen den NATO-Gipfel

Am 4. April werden zahlreiche Gruppen ihren Protest gegen die NATO zum Ausdruck bringen und versuchen, den NATO-Gipfel in Strassbourg

zu behindern. Wir verstehen uns als Teil der internationalen Protestbewegung «No-to-war – No-to-NATO» (www.no-to-nato.org) und werden uns mit einer aussagekräftigen gewaltfreien Aktion an diesen Protesten beteiligen.

Dieser Aufruf wird initiiert von:

Werkstatt für Gewaltfreie Aktion/Baden, Friedenskreis Halle, Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte Kriegsdienstgegner/innen, Bund für Soziale Verteidigung, War Resisters' International, Vredesactie – Bomb-spotting, Union Pacifiste

Organisatorisches zur Aktion

Ganz wichtig: Wir bitten alle AktivistInnen frühzeitig anzureisen, nämlich bereits am 1.4.! Es wird ab dem 1.4. ein Aktionscamp geben, in dem Aktionstrainings durchgeführt werden, um uns gut auf die Aktion vorzubereiten. Noch besser wäre es, wenn Ihr Euch in Gruppen zusammenfindet und bereits im Vorfeld an Trainings teilnehmt und Bezugsgruppen bildet. Alle notwendigen Infos zur Vorbereitung der Aktion werden in den nächsten Wochen auf unserer Website <http://www.nato-zu.de> erscheinen. Wichtig zu wissen ist auch, dass in Frankreich eine andere Rechtsprechung zum Zivilen Ungehorsam herrscht als in Deutschland (Infos demnächst unter www.nato-zu.de). Informiert Euch und kommt nach Strassbourg!

Kontakt:

Annett Gnass, Werkstatt für Gewaltfreie Aktion/Baden, Email ZU-Frieden@web.de, Tel.: 0761-5902763, Internet: <http://www.nato-zu.de>

Rechtliches:

Wir bemühen uns derzeit, die möglichen rechtlichen Konsequenzen einer Aktion Zivilen Ungehorsams herauszufinden. Klar ist, dass eine Blockade eine nicht-autorisierte Versammlung darstellt und damit von der Polizei aufgelöst werden kann.

(Quelle: Das zerbrochene Gewehr, Februar 2009, No. 81)



Die Aktion wird provokativ und gewaltfrei sein, auch wenn die Gegenseite versucht, uns mit Gewalt aus dem Weg zu räumen. Im Falle strafrechtlicher Verfolgung werden wir uns Rechtsauffassung auch vor Gericht offensiv vertreten und damit die öffentliche Diskussion auf längere Zeit bereichern. Nach unserer Rechtsauffassung ist Ziviler Ungehorsam in den meisten Fällen nicht nur moralisch/ethisch, sondern auch rechtlich zu rechtfertigen.

Die UnterzeichnerInnen rufen dazu auf, sich an den gewaltfreien Aktio-

GEWALTFREIE AKTION ZIVILER UNGEHOERSAM

NATO
60 JAHRE SIND 60 ZU VIEL

WWW.NATO-ZU.DE
(ZU STEHT FÜR ZIVILER UNGEHOERSAM)

AM 4. APRIL 2009
IN STRASSBOURG

Uri Avnery zur Situation in Nahost

Erinnerst du dich an Ophira?

Die Vision der «Zwei Staaten» war – und bleibt – für den betagten israelischen Friedensaktivisten Uri Avnery die einzig lebensfähige Lösung des israelisch-palästinensischen Konfliktes. Die einzig reale Alternative, so Avnery, sei die Fortsetzung der gegenwärtigen Situation: Besetzung, Unterdrückung, Apartheid, Krieg. Gerade die Feinde der Zwei-Staaten-Lösung nun hätten sich in Schale geworfen und behaupteten bei jeder Gelegenheit, diese Vision zu unterstützen.

Von Uri Avnery

Wenn man heute aufs Geratewohl zehn Passanten in einer Tel Aviver Strasse anhalten und sie fragen würde, was sie über Chancen für einen Frieden denken, dann würden neun von ihnen mit der Schulter zucken und antworten: da geschieht nichts. Keine Chancen. Der Konflikt wird auf immer so weitergehen.

Sie werden nicht sagen: Wir wollen keinen Frieden; der Preis für Frieden ist zu hoch. Im Gegenteil, viele werden erklären, dass sie für Frieden bereit seien, die besetzten Gebiete herzugeben, sogar Ost-Jerusalem. Und: lasst die Palästinenser ihren eigenen Staat haben. Sicher. Warum nicht. Aber sie werden hinzufügen: keine Chancen. Es wird keinen Frieden geben.

Einige werden sagen: die Araber wollen ihn nicht. Andere werden sagen: unsere Führer sind unfähig, dies zu tun. Die Schlussfolgerung aber ist dieselbe: es wird nichts geschehen.

Eine ähnliche Befragung der Palästinenser wird wahrscheinlich zur selben Schlussfolgerung kommen: Wir wollen Frieden. Frieden wäre wunderbar. Aber es sieht nicht danach aus. Es wird nichts geschehen.

Diese Stimmung hat auf beiden Seiten dieselbe politische Situation erzeugt. Bei den palästinensischen Wahlen gewannen die Hamas nicht wegen ihrer Ideologie, sondern weil sie die Hoffnungslosigkeit in Bezug auf Frieden mit Israel ausdrückte. Bei den israelischen Wahlen gab es einen allgemeinen Rechtsruck. Die Rechte ist von Natur aus pessimistisch. Sie glaubt nicht an die Möglichkeit, dass sich die menschliche Natur und Gesellschaft zum Besseren hin verändert. Sie ist davon überzeugt, dass Krieg ein Naturgesetz ist.

Aber unter denen, die fast verzweifeln, sind immer noch jene, die hoffen, dass eine ausländische Intervention – Amerikaner, Europäer, sogar Araber – uns Frieden bringen könnte. Anfang März ist auch diese Hoffnung schwer erschüttert worden.

Eine Feier frömmelnder Heuchelei

Im Fernsehen wurde uns eine einzigartige, eindrucksvolle Konferenz gezeigt, eine riesige Versammlung von Regierenden aus aller Welt, die alle nach Sharm-el-Sheikh kamen. (Man erinnere sich daran, dass der Sinai während unserer Besetzung Ophira genannt wurde; Moshe Dayan sagte, dass er lieber Sharm-el-Sheikh ohne Frieden haben wolle, als Frieden ohne Sharm-el-Sheikh).

Wer war da? Chinesen und Japaner begegneten Saudis und Kataris. Nicholas Sarkozy war überall. Hillary Clinton war der Star. Hosny Mubarak feierte seinen Erfolg, alle zusammen auf ägyptischem Boden versammelt zu haben.

Und wozu dies alles? Für den kleinen, armen Gazastreifen. Er muss wieder aufgebaut werden.

Es war eine Feier frömmelnder Heuchelei nach bester Tradition internationaler Diplomaten. Zunächst einmal: vom Gazastreifen war niemand da. Wie in der Blütezeit der europäischen Kolonialzeit vor 150 Jahren wurde über das Schicksal der Eingeborenen ohne die Eingeborenen entschieden. Wer braucht sie? Es sind doch nur Primitive. Also besser ohne sie.

Nicht nur die Hamas war nicht da. Eine Delegation von Geschäftsleuten und der zivilen Gesellschaft konnte auch nicht kommen. Die Ägypter erlaubten ihnen nicht, den Rafah Kontrollpunkt zu passieren. Das Tor

zum Gefängnis, das Gazastreifen heisst, wurde von den ägyptischen Gefängniswärtern verschlossen gehalten.

Die Abwesenheit von Abgeordneten aus dem Gazastreifen und besonders der Hamas machte die Konferenz zur Farce. Die Hamas beherrscht den Gazastreifen. Sie hat dort und in den palästinensischen Gebieten die Wahlen gewonnen und herrscht dort weiter, selbst nachdem eine der mächtigsten Armeen der Welt 22 Tage lang den Versuch gemacht hatte, sie zu besetzen. Nichts wird im Gazastreifen ohne die Zustimmung der Hamas geschehen. Die weltweite Entscheidung, den Gazastreifen ohne die Teilnahme der Hamas aufzubauen, ist einfach töricht.

Der Krieg endete mit einer fragilen Feuerpause, die jetzt vor unsern Augen zusammenbricht. Bei seiner Eröffnungsrede der Konferenz wies Mubarak darauf hin, dass es Ehud Olmert ist, der jetzt die Waffenpause verhindert. Keiner reagierte darauf. Aber wenn es keine Feuerpause gibt, winkt ein noch zerstörerischer Krieg. Es ist nur eine Frage der Zeit – von Monaten, Wochen vielleicht gar nur von Tagen. Was bis jetzt nicht zerstört wurde, wird dann zerstört werden. Was hat es also für einen Sinn, Milliarden in den Wiederaufbau von Schulen, Krankenhäusern, Regierungsgebäuden und gewöhnlichen Wohngebäuden zu stecken, wenn alles wieder zerstört wird?

Mubarak sprach vom Austausch von Gefangenen. Sarkozy sprach mit viel Pathos über den Soldaten «Jilad Shaliti», einen französischen Staatsbürger, den alle Franzosen befreit sehen wollen. Interessant. 11'000 palästinensische Gefangene sind in Israels Gefängnissen. Wie viele von ihnen haben auch die französische Staatsbürgerschaft? Davon sprach Sarkozy nicht. Es interessiert ihn nicht. Selbst in diesem Haufen von Heuchlern kämpfte er um die Meisterschaft.

Die Teilnehmer der Konferenz versprachen Mahmoud Abbas märchenhafte Summen. Fast fünf Milliarden Dollars. Wie viel wird tatsächlich be-

zahlt werden? Wie viel davon wird tatsächlich durch das Sieb des hochfliegenden Apparates in Ramallah fließen und den Gazastreifen erreichen? Nach Einschätzung einer Frau aus Gaza, die im Fernsehen auftauchte, einer obdachlosen Mutter, die in einem kleinen Zelt mitten auf einem Trümmerberg lebt: nicht ein Cent.

Meisterschaft der leeren Worte

War der politische Teil der Veranstaltung ernsthafter? Hillary sprach über die «Zwei Staaten für zwei Völker». Andere sprachen über «den politischen Prozess» und über «Friedensverhandlungen». Und alle, alle wussten, dass dies nichts als leere Worte sind.

In seinem berühmten Gedicht «Wenn» («If») fragte Rudyard Kipling, ob «man die Wahrheit ertragen kann, die man selbst ausgesprochen hat und die nun Schurken verdrehen, um eine Falle für Toren zu machen». Dies ist nun ein Test für alle jene, die vor etwa 60 Jahren an der Wiege der «Zwei-Staaten»-Idee standen.

Diese Vision war – und bleibt – die einzig lebensfähige Lösung des israelisch-palästinensischen Konfliktes. Die einzig reale Alternative ist die Fortsetzung der gegenwärtigen Situation: Besetzung, Unterdrückung, Apartheid, Krieg. Aber die Feinde dieser Vision haben sich in Schale geworfen und behaupten bei jeder Gelegenheit, sie zu unterstützen.

Avidgor Liberman begünstigt «Zwei Staaten». Absolut. Er spricht es aus: mehrere palästinensische Enklaven, jede von israelischem Militär und Siedlern – wie er selbst einer ist – umgeben. Diese Bantustans werden dann «ein palästinensischer Staat» genannt. In der Tat eine ideale Lösung: der Staat Israel wird von Arabern gesehen, aber er wird weiter über die Westbank und den Gazastreifen herrschen.

Binyamin Netanyahu hat eine ähnliche Vision, bezeichnet es aber anders: die Araber werden «sich selbst regieren.» Sie werden ihre Städte und Dörfer regieren, aber nicht das Land, weder die Westbank noch den Gazastreifen. Sie werden natürlich keine Armee haben und keine Kontrolle über den Luftraum über ihren Köpfen und keinen direkten Kontakt mit den



Poster von Abdol Hoseni

benachbarten Ländern. Menahem Begin pflegte dies «Autonomie» zu nennen.

Aber es wird «wirtschaftlichen Frieden» geben. Die palästinensische Wirtschaft wird blühen. Sogar Hillary Clinton machte diese Idee offen lächerlich, bevor sie sich mit Netanyahu traf.

Zipi Livni wünscht «Zwei Nationalstaaten». Ja, Ma'm. Wann? Nun ... Zunächst muss es Verhandlungen geben mit unbegrenzter Zeitdauer. Sie waren während all der Jahre, in denen sie führte, bis jetzt zu keinem Ergebnis gekommen, sie haben überhaupt nichts gebracht. Ehud Olmert spricht über den «politischen Prozess» – warum brachte er ihn nicht zu einem erfolgreichen Ende während all der Jahre unter seiner Führung? Wie lange muss der «Prozess» denn noch weitergehen? Fünf, fünfzig, fünfhundert Jahre?

Und so spricht Hillary über «zwei Staaten». Sie spricht mit Eifer. Sie ist bereit, mit jeder israelischen Regierung darüber zu sprechen, die jetzt aufgestellt wird, selbst wenn sie von den Ideen eines Meir Kahane angeregt wird. Die Hauptsache ist, dass sie mit Mahmoud Abbas reden und dass Abbas viel, viel Geld erhält.

Lange Liste von Prostituierten

Eine extrem rechtsorientierte Regierung wird gerade aufgestellt. Kadima hat sich ihr – lobenswerterweise – nicht angeschlossen. Auf der andern Seite sucht Ehud Barak, der Vater von «Wir haben keinen Partner für Frieden» verzweifelt, ein Teil der Regierung zu werden.

Und warum nicht? Er würde nicht der erste politische Prostituierte in seiner Partei sein.

1977 verliess Moshe Dayan die Arbeiterpartei, um als Aussenminister und Feigenblatt für Menachem Begin zu dienen, der gewaltsam die Errichtung eines palästinensischen Staates verhinderte. 2001 führte Shimon Peres die Arbeiterpartei in die Regierung von Ariel Sharon um als Aussenminister und als Feigenblatt dem Mann zu dienen, der nach dem Massaker von Sabra und Shatila alle Welt erschauern liess. Warum sollte also Ehud Barak nicht ein Feigenblatt für eine Regierung werden, die unverhohlenen Faschisten einschliesst?

Wer weiss, vielleicht wird er uns bei der nächsten Konferenz in Ophira – pardon – Sharm-el-Sheikh vertreten, bei derjenigen, die nach dem nächsten Krieg einberufen wird, der den Gazastreifen völlig ruinieren wird. Schliesslich wird dann eine Menge Geld nötig sein, um ihn wieder aufzubauen.

(Aus dem Englischen: Ellen Rohlf, vom Verfasser autorisiert, von der UfW-Redaktion gekürzt und mit Untertiteln versehen.)

Stopp den Ausgrenzungen – Friede den MigrantInnen
Halte aux exclusions – Paix envers les migrant-e-s

Ostermarsch
Marche de Pâques
Suisse

Ostermontag, 13. April 2009, Bern
 Lundi de Pâques, 13 avril 2009, Berne

13.00
Auftakt / départ Eichholz an der Aare
 Tram 9 ab Hauptbahnhof bis Endstation Wabers
 à la gare tram 9 direction Wabers, descendre terminus

Ostermarsch – Marche de Pâques
 Entlang der Aare – le long de l'Aare

14.30
Schlusskundgebung / fin de la marche Münsterplatz

Theodora Leite Stampfli,
 cfd Migrationspolitik
 Anne-Catherine Menétréy-Savary,
 ancienne conseillère nationale

Marina Bolzi, Autorin

Musik / Musique
 Feines Essen und Trinken / Buffet

2001, 2010
 BERKADE ZÜRICH
 BERKADE ZÜRICH

Stopp den Ausgrenzungen – Friede den MigrantInnen

Friede heisst, Mauern und Ungleichheiten abbauen und den Zugang zu sozialen und politischen Rechten für alle in der Schweiz lebenden Menschen garantieren.

- Wir wollen keine Wirtschaft, die nur deshalb funktioniert und wächst, weil sie auf geschlechter- und herkunftsspezifischer Diskriminierung beruht.
- Wir fordern die Schaffung von rechtlichen und sozialen Bedingungen, die allen MigrantInnen ein menschenwürdiges Leben in der Schweiz ermöglichen.
- Wir verwerfen die neoliberalen Vorstellungen von Wirtschaft und Wachstum, welche Menschen auf Humankapital reduziert und die Menschenrechte der Profitmaximierung opfert.
- Wir bestehen auf der eigentlichen Funktion der Asylgesetzgebung. Sie heisst: Menschen schützen, nicht Migration verhindern.

Friedensarbeit in der Migrationspolitik beginnt mit Regulierungen von Sans-Papiers, der Wiederaufnahme von Kontingentsflüchtlingen und mit Asyl für verfolgte MilitärdienstverweigererInnen.

Halte aux exclusions! Paix envers les migrant-e-s

La paix, c'est détruire les murs et combattre les injustices; c'est garantir l'accès aux droits sociaux et politiques à tous les migrants qui vivent en Suisse.

- Nous refusons une économie dont le développement se fonde sur la discrimination en fonction du sexe et de l'origine des travailleurs.
- Nous exigeons des conditions juridiques et sociales qui permettent aux migrants de vivre en vie de qualité en Suisse.
- Nous rejetons la conception néolibérale de la croissance économique qui réduit les êtres humains à un capital exploitable et sacrifie les droits humains à la maximisation du profit.
- Nous soutenons les principes fondamentaux du droit d'asile qui sont de protéger les personnes et non pas empêcher la migration.

Construire la paix, en matière de politique migratoire, c'est d'abord régulariser les Sans papiers, accorder l'asile à ceux qui sont poursuivis pour désertion ou refus de servir et réintroduire la politique des contingents de réfugiés.

Trügerschaft – collectif
 Fachstellen DiEMe und Migration der Reformierten Kirchen Bern-Jura-Solothurn / Services Terre Nouvelle et Migration des Eglises réformées Berne-Jura-Soleure
Kirche im Dialog – Römisch-katholische Kirche Bern GSA – Gruppe für eine Schweiz ohne Armee / GSA – Groupe pour une Suisse sans Armée
Centre pour l'action non-violente CENAC Lausanne Service Civil International – Schweizer Zweig / branche suisse
Frauen für den Frieden Schweiz / Femmes pour la Paix Suisse Mouvement international de la Réconciliation MIR-romand
grundrecht.ch / droitsfondamentaux.ch Missionkonferenz der deutschsprachigen und rätoromanischen Schweiz
Schweizerischer Katholischer Frauenbund cfd – die feministische Friedensorganisation / cfd – l'ong féministe pour la paix
Religions-Sozialistische Vereinigung der Deutsch-Schweizer Evangelisch-methodistische Kirche Bern
Bauker Schweiz / Ouverture Suisse Civi Schweiz / Unions Chrétiennes Suisses
Civi Region Bern Friedensdorf / Village de la Paix
Réseau Humanité CAUX – Initiativen der Veränderung
Peace Watch Switzerland Schweizerischer Friedensrat
DeME-Kommission Bern-Stadt Zentralvorstand der Evangelischen Frauen Schweiz / Comité central des Femmes Protestantes Suisse
HEKS-Regionalstelle Bern / EPER – Bureau régionale de Berne EPER – Entraide Protestante Suisse
Bureau international pour la paix Fachstelle DiEMe der Evang.-ref. Landeskirche des Kantons Zürich
Berner Beratungsstelle für Sans-Papiers / Association du centre bernais pour sans-papiers Diskurs zur Überwindung von Gewalt – Reformierte Kirchen Bern-Jura-Solothurn / Décaigne «Vaincre la Violence» – Eglises réformées Berne-Jura-Solothurn

www.ostermarsch-bern.ch www.marchedepaques.ch

Zentralkonventionsschluss
 dieser Nummer:
 11. März 2009

Gespräch mit Dr. Elis Alberto González Polanco

Insel der Solidarität

Solidarität ist die Zärtlichkeit der Völker, wird Che Guevara gern und oft zitiert. Wir zeigen am Beispiel der internationalen medizinischen Zusammenarbeit, die das revolutionäre Kuba seit den ersten Jahren seines Bestehens praktiziert, wie das funktionieren kann.

Von Martin Schwander

Es mag im kubanischen Alltag an vielem mangeln: An Ärzten fehlt es nicht. Gerade nur 200 Kubanerinnen und Kubaner müssen sich heute in einen Arzt oder eine Ärztin teilen. Damit hat sich Kuba, was die Dichte der ärztlichen Versorgung anbelangt, einen der vordersten Plätze in der Welt rangliste gesichert. Fakt ist zudem, dass sich die Praxen nicht in den urbanen Zentren massieren, sondern das Land flächendeckend bis in die hintersten Winkel mit Polikliniken und Gesundheitszentren ausgestattet ist. Das schlägt sich nicht zuletzt nieder in einer wachsenden Lebenserwartung und einer sinkenden Sterbeziffer bei Geburten: Betrug die durchschnittliche Lebenserwartung vor der Revolution unter 60 Jahren, ist sie Anfangs 2009 auf knapp 81 Jahren bei den Männern und über 83 Jahren bei den Frauen gelangt. 1960 erlebten über 60 von Tausend Neugeborenen ihren ersten Geburtstag nicht. 50 Jahre später ist diese Ziffer gemäss neusten UNESCO-Erhebungen auf 4,7 gesunken.

Das Programm der Moncada

Diese Errungenschaften, die auch von eingefleischten Gegnern des kubanischen Gesellschaftssystems kaum bestritten werden, sind unter verschiedenen Aspekten speziell zu würdigen. So hinterliess die Batista-Diktatur nur ein rudimentäres Gesundheitswesen mit gerade 25 000 Krankenhausbetten in 54 Spitälern, die sich wie die 6 000 Ärzte in erster Linie auf die wenigen städtischen Zentren konzentrierten. Eine einzige medizinische Fakultät bildete jährlich um die 300 Ärzte aus, die einzige Schule für Krankenschwestern wurde 1958 von 80 Schülerinnen besucht. Die Gesundheitsversorgung auf dem Land war katastrophal: Im Osten säumten vor der Revolution unzählige Gräberreihen die Küste, wo Verwandte mit ihren kranken Angehörigen vergeblich auf ein Schiff gewartet hatten, das sie in einen städtischen Hafen hätte bringen können.

Bereits in seiner berühmten Verteidigungsrede nach dem gescheiterten Angriff vom 26. Juli 1953 auf die Moncada-Polizeikaserne in Santiago hatte Fidel die gesundheitliche Unter-versorgung der armen Schichten zu einem der sechs zentralen Themen gemacht: «Neunzig Prozent der Landkinder werden von Parasiten aufgefrisst, die aus der Erde unter die Nägel ihrer nackten Füsse dringen. Die Gesellschaft erregt sich voller Mitgeföhl, wenn ein Kind entführt oder ermordet wird, aber sie bleibt verbrocherisch gleichgültig angesichts des Massenmordes, der an Tausenden und Abertausenden von Kindern begangen wird, die jährlich sterben, weil kein Geld da ist. [...] Und wenn ein Familienvater vier Monate im Jahr arbeitet – wovon soll er Kleider und Medikamente für seine Kinder kaufen? Sie werden also rachitisch heranwachsen, mit dreissig Jahren haben sie keinen gesunden Zahn im Mund, sie werden zehn Millionen Reden gehört haben und schliesslich elend und enttäuscht sterben. In die immer überfüllten staatlichen Spitälern kommt man nur auf Empfehlung eines politischen Magnaten, der dem Unglücklichen und seiner ganzen Familie ihre Wahlstimmen abverlangt, damit es in Kuba auf ewig so oder schlimmer weitergehe.» Ironie der Geschichte:

Das Tribunal gegen Castro fand im Bürgerspital von Santiago statt und seine Verteidigungsrede vom 6. Oktober 1953 musste er in einem kleinen Spitalzimmer abhalten.

Eine der ersten Massnahmen der siegreichen Revolution betraf das



Santos Ordóñez (links), Vizepräsident von Honduras, zeichnet den kubanischen Chirurg Elis Alberto González Polanco im März 2007 mit dem Orden «José Cecilio del Valle» aus.

Fertigstellen zahlreicher Spitälern, von denen einige bereits während zehn Jahren im Bau gewesen waren. Gleichzeitig wurde der medizinische Dienst auf dem Land geschaffen und festgelegt, dass die Ärzte nach Abschluss ihres Studiums ein Jahr lang ausschliesslich und ganzzeitig in den Landgemeinden Dienst tun müssen. Später wurde dieser Zeitraum auf zwei Jahre verlängert. Umgehend wurde auch mit dem Aufbau eines Netzes von Landkrankenhäusern begonnen.

Von den 6000 Ärzten, die sich 1958 auf Kuba befanden, verliessen etwa die Hälfte ihr Land nach der Revolution. Bereits 1970 war die Zahl aber bereits wieder auf annähernd 8000 gestiegen. Heute zählt Kuba um die 75'000 praktizierende Ärztinnen und Ärzte, wovon sich fast die Hälfte als Familienärzte betätigen, das heisst, sich zusammen mit einer Pflegefachperson um je etwa 150 Familien kümmern. Andere arbeiten etwa in den 270 Spitälern, den 165 stomatologischen Kliniken, den 280 Entbindungsheimen, den 444 Polikliniken oder den 15 AIDS-Sanatorien.

Export der Humanität

Oder aber sie arbeiten im Ausland. Bereits 1960 nämlich, als Chile von einem schrecklichen Erdbeben heimgesucht worden war, stellte die kubanische Revolutionsregierung spontan eine Ärztebrigade zusammen, um dem Brudervolk zu helfen, trotz damaligem Ärztemangel in eigenen Land und obwohl Chile dem revolutionären Kuba die diplomatischen Beziehungen aufgekündigt hatte. «Das war keine einfache Situation», bestätigt Dr. Alberto González Polanco, Direktor der kubanischen Koordinationsstelle für medizinische Zusammenarbeit UCCM. «Mit den etwa 3000 Ärzten, die nach der Revolution im Lande verblieben, ging es einerseits darum, die Vision von Fidel umzusetzen, die er seit seiner Jugend mit sich herumtrug und in seiner Verteidigungsrede nach der Moncada skizziert hatte: Die Gesellschaft muss die Menschen in der Pflege ihrer Gesundheit unterstützen. Die alten Völker hatten das vorgelebt, mit ihren Schamanen, die sich ein besonderes Wissen über die Heilkraft der Natur angeeignet hatten.»

Mit den verbliebenen Ärzten, so Dr. Polanco, seien medizinische Schulen geschaffen worden, um rasch weitere Ärzte auszubilden. «Andererseits stellten sie sich unsern ersten internationalistischen Missionen in Chile und Brasilien zur Verfügung, insbesondere aber in Algerien, einem Land das sich damals erst kurz zuvor vom Kolonialismus befreit hatte und nach der Flucht der Franzosen über praktisch keine Ärzte mehr verfügte.»

Der eigentliche Beginn der institutionalisierten, umfassenden Zusammenarbeit zwischen Kuba und andern Ländern auf dem Gebiet des Gesundheitswesens wird denn auch auf den

25. Mai 1963 datiert, als die ersten 58 Ärzte und medizinische Fachpersonen unter der Leitung des damaligen Gesundheitsministers und heutigen zweiten Mannes in der Regierung von Raul Castro, José Ramón Machado Ventura, in Algerien eintrafen. «Diese Unterstützung des algerischen Gesundheitswesens markierte die Geburt eines umfassenden Hilfsprogramms in über hundert Ländern, an dem sich bis heute mehr als 185'000 kubanische Fachleute aus dem Gesundheitswesen beteiligt haben», unterstreicht Dr. Polanco. «In Afrika gibt es praktisch kein einziges Land, in dem sich nicht kubanische Ärzte befinden hätten oder befinden, meist in den entferntesten Gebieten, in Urwäldern, Wüsten, unter schwierigsten Umständen, in Gegenden ohne Elektrizität.»

Aus der Wüste in den Regenwald

Der 60jährige Chirurg und Thorax-Pathologe, der als Direktor der UCCM den Einsatz von gegenwärtig 38'000 kubanischen Gesundheits-spezialisten im Ausland koordiniert, stand selbst mehrere Male im internationalistischen Einsatz. «1979 war ich Mitbegründer unserer ärztlichen Mission in der Wüste der West-Sahara, in den Flüchtlingslagern der Sahraui, in der Demokratischen Arabischen Republik Sahara. Wir waren dort 12 Fachleute aus dem Gesundheitswesen, 5 davon Ärzte.» Wie üblich hätten sie die einfachen Lebensverhältnisse der Menschen, die sie betreten halfen, geteilt: «Wir haben, wie die Brigaden, die nach uns kamen, in den selben Lehm-Hütten gewohnt, unter den selben Bedingungen, ohne Elektrizität, ohne sanitärische Einrichtungen, manchmal auch ohne Lebensmittel, ohne viel Schutz gegen die Naturgewalten wie den Scirocco.» Dass sich in den Flüchtlingslagern kubanisches Gesundheitspersonal befindet, habe sich rasch herumersprochen: «Wir haben in Tindouf und anderswo nicht nur Sahraui behandelt, sondern auch Algerier oder Beduinen, die in dieser Gegend nomadisierten. Menschen von unterschiedlicher Religion, mit unterschiedlichen Ernährungsgewohnheiten, unterschiedlichen Lebensformen, in Bedingungen, die wir uns nie hätten vorstellen können.» Noch heute befindet sich kubanisches

Personal in den durch Marokko illegal besetzten Gebieten der West-Sahara. «Andererseits haben wir in Kuba bis anhin um die 90 sahrauische Ärzte ausgebildet, damit dieses Volk sein eigenes Gesundheitswesen entwickeln kann.»

1998, in den letzten Tagen des Monats Oktober, wurde Mittelamerika und die Karibik durch Stürme stark in Mitleidenschaft gezogen. Hurrikan Mitch, der die höchste Stufe erreichte, tobt sich während einiger Tage über Zentralamerika und hinterliess Tod und Verwüstung. «Ich begab mich als Chirurg mit einer kleinen Gruppe von 14 Kollegen, mit einem unserer Flugzeuge, einer Iljuschin-18, mit 7 Tonnen Medikamenten, Verbandsmaterial und zwei Feldlazaretten nach Honduras», erinnert sich Dr. Polanco an jenes Jahr, das eine weitere Wende in der medizinischen Zusammenarbeit Kubas mit der Welt einleitete sollte. «Wir wurden in das unwirtlichste Gebiet des Landes geschickt, in die Moskitia. Dort leben zum Beispiel die Miskitos, ein ungemiein liebenswürdiges aber auch sehr misstrauisches Volk, das Fremde bisher nur als Diebe und Mörder erlebt hatte, die zu Land und zu Wasser ihre natürlichen Reichtümer ausbeuteten, ihnen die Nahrung und auch ihre Frauen wegnahmten. So sind sie natürlich auch uns zunächst mit grösster Zurückhaltung begegnet. Dann kam allmählich Vertrauen auf, schliesslich Zuneigung und am Schluss gar Verehrung.»

Rettung einer Ethnie

Das habe er nicht nur mit den Miskitos erlebt, sondern auch mit den Garifuna, die ursprünglich aus

Afrika stammten und speziell den Tawahka. «Die Tawahka oder Sumos sind die eigentlichen Kinder des Regenwaldes. Im Laufe der Geschichte mussten sie vor der so genannten Zivilisation immer stärker zurückweichen.» Ein paar Wochen nach ihrer Ankunft in der Moskitia hätte sich ein Abgeordneter des Ältestenrates dieses Volkes zu ihm begeben und erzählt, dass ihnen die Kinder hinwegsterben würden. «Die Tawahka hatten zwar ihre eigenen Schamanen, die Zukia, die sich mit den Pflanzen und Kräutern ausgezeichnet auskannten. Aber diese Zukia waren im Verschwinden begriffen. Wie ihr ganzes Volk, das bei unserer Ankunft gerade noch aus 725 Menschen bestand und eine Lebenserwartung von 40 Jahren besass.» Für die Tawahka hätten sich die kubanischen Internationalisten besonders eingesetzt: «Eigentlich ging es darum, eine ganze Ethnie zu retten. Tatsächlich hat sich die Bevölkerung der Tawahka bis heute verdoppelt und die Kindersterblichkeit, die vor zehn Jahren bei fast 25% angekommen war, ist auf ein Minimum gesunken: In den letzten drei Jahren gab es gerade noch ein Kind, das im ersten Lebensjahr gestorben ist.» Noch heute leben unter den Tawahka zwei kubanische Ärzte, verschiedene Pflegefachpersonen und ein Laborant.

Der Einsatz der Kubaner in Honduras nach Hurrikan Mitch beschränkte sich nicht auf die Moskitia. «Als sich die honduranische Regierung des Ausmasses der Mitch-Katastrophe bewusst wurde, mit den Zerstörungen in der Hauptstadt Tegucigalpa, im Sula-Tal, in Progresso, an der atlantischen Waldküste, gestattetete sie auch anderen kubanischen Gesundheits-

50 Jahre revolutionäres Kuba

¡Feliz cumpleaños!

Die Solidarität mit den Völkern, die um Befreiung, Selbstbestimmung und Würde kämpfen, zieht sich als roter Faden durch sämtliche Aktivitäten der Weltfriedensbewegung seit ihrem historischen Gründungskongress in Paris vor 60 Jahren. Im besonderen Masse wurde 10 Jahre später denn auch der Sieg der kubanischen Revolution begrusst, die mit dem Einmarsch der bärtigen Rebellen in Havanna nicht nur ein menschenverachtendes Regime hinwegfegte, sondern Millionen von Menschen auf dem lateinamerikanischen Festland Zuversicht in die eigenen Kräfte schenkte: Yo si puedo! Ja, ich kann! – Dieser Satz, der vor Jahren einem kubanischen Alphabetisierungsprogramm den Namen gab, hatte lange vor Barak Obamas «Yes We Can» in der kubanischen Revolution Wiederhall und authentische Erfüllung gefunden.

Kuba ist in den fünfzig Jahren seit seiner siegreichen Revolution einen beschwerlichen Weg gegangen. Nicht immer waren es äussere Umstände wie die widerliche Finanz- und Wirtschaftsblockade durch die USA, Terroranschläge von CIA-Söldnern, der Wegfall wichtiger Verbündeter oder stets wieder auch Naturkatastrophen, welche diesen Weg mit schier unüberwindbaren Hindernissen belegten und die ehrgeizigen Ziele, die sich die jungen Revolutionäre in den Bergen Kubas geschworen hatten, zu durchkreuzen drohten. Einige der Steine auf diesem Weg waren und sind hausgemacht: Die Kleinkorruption etwa, die sich in den Zentren im Alltag der kubanischen Bevölkerung wie fette Spinnen festgemacht hat, das Land mit einem Netz von Vetternwirtschaft zu überziehen droht und die Moral der Menschen vergiftet. Oder die Bürokratie, deren Auswüchse für den Normalbürger selbst Routineabläufe zum qualvollen Marathon durch Amtsstuben werden lässt. Der Verteidigungsreflex gewisser Kader schliesslich, welcher Debatten über Gegenwart und Zukunft des Landes schnell mal der Kreativität beraubt und zur Repetition von Floskeln verkommen lässt.

Niemand kritisierte und kritisierte solche Irrungen einer Revolution, die sich auf keine Vorbilder abstützen konnte und sich mitten im «Fein-desland» durchsetzen musste, schärfer als die kubanischen Revolutionäre selbst. Dass sie dabei auch chirurgische Eingriffe nicht scheuen, beweisen die einschneidenden Veränderungen in der Regierungs- und Staatsspitze der vergangenen Wochen auf eindrückliche Weise.

Wenn wir diese vier Seiten von «Unsere Welt» dem fünfzigsten Geburtstag des unabhängigen, stolzen, lebenslustigen und revolutionären Kubas widmen, wollen wir aber nicht in erster Linie kritische Punkte ansprechen. Dies tun im Übrigen die Medien unseres Landes bereits zur Genüge, mit abstossender Arroganz, eklatanter Ignoranz und allen möglichen Rückgriffen auf Lügen und Erfindungen. Wir möchten vielmehr anhand von Gesprächen, die wir kürzlich in Havanna führen konnten, einige Themen herausgreifen wie die medizinische Zusammenarbeit, die Kuba heute mit vielen Ländern der Welt pflegt oder die Entwicklung der Biotechnologie, um exemplarisch aufzuzeigen, wozu ein Volk instande ist, das sich Menschenwürde und Solidarität zu Eigen gemacht hat.

Martin Schwander



Misstrauisch und neugierig: Kinder verschiedener Ethnien in der Moskitia beäugen die Ankunft kubanischer Ärzte und Pflegefachpersonen. Foto BMC

brigaden die Einreise. Wir schickten Woche für Woche immer wieder neue Gruppen, Ausrüstungen, Medikamente, Feldlazarette etc. und Ende November waren wir bereits bei 123 Spezialisten angelangt.» Nach sechs Monaten hatten die kubanischen Ärzte und Pflegefachpersonen über 600 Gemeinden besucht, 250 000 Menschen behandelt und um die 4000 Operationen durchgeführt.

Nachhaltige Hilfe

Die erste humanitäre, medizinische Hilfe, die Honduras nach der Katastrophe aus dem Ausland erhielt, war die Hilfe Kubas, betont Dr. Polanco. «Wir halfen aus Solidarität, um die Überlebenden, die ihre Toten beweinten, zu retten, ihnen Schutz zu bieten. Und die letzten, die gegangen sind, waren wiederum Kubaner.» Fidel habe einmal gesagt: Solange sich Katastrophen auch auf den Fernsehschirmen wiederfinden, gibt es Menschen die darüber nachdenken, wie geholfen werden könnte. Sobald aber eine neue Nachricht auftaucht, die wichtiger scheint, wird die alte Nachricht schnell vergessen. «Unsere Hilfe hingegen wurde aufrechterhalten. Zu Beginn der Ärztemission in Honduras schworen wir uns, mehr Menschenleben zu retten als der Wirbelsturm Mitch zerstört hatte. Diesen Schwur haben wir erfüllt.» Dr. Polanco selbst blieb vier Jahre im Einsatz und vertrat danach sein Land während weiterer fünf Jahre als Botschafter in Tegucigalpa.



Fidel Castro übergibt dem damaligen Leiter der internationalistischen Mission in Honduras, Alberto González Polanco, am 30. September 1999 die Auszeichnung «Selbstloser Kämpfer für die Gesundheit der Völker». Foto Granma

Nicht alle in Honduras zeigten sich erfreut über das kubanische Engagement. Einheimische Privatärzte hätten sich vor dem Beispiel gefürchtet. «Da kommt ein Arzt, mit einer ausserordentlichen Ausbildung, von hoher technischer, medizinischer, wissenschaftlicher und menschlicher Quali-

tät, bereit, bei den Menschen zu wohnen, in einfachsten Verhältnissen, ebenso gefährdet zum Beispiel von einer Schlange gebissen zu werden wie die Einheimischen, während Monaten ohne Verbindung zu seiner Familie, einfach aus der Verpflichtung der Revolution heraus, jenen zu dienen, die es nötig haben.» Damit dieses Beispiel nicht Schule machen würde, wollte die einheimische, konservative Ärztekammer die Kubaner so schnell wie möglich wieder weg haben. «Aber das Volk Honduras, die Miskitos, die Tawahka, die Pech, die Ladinos, die Lenka, die Garifuna, sie liessen uns nicht gehen. Sie gingen für unser Verbleiben auf die Strasse, besetzten den Flughafen von San Pedro Sula und verhiinderten unsere Abreise. Natürlich hätten wir die Ende September 1999 zwischen der honduranischen Regierung und der einheimischen Ärztekammer getroffene Entscheidung, uns wieder nach Hause zu schicken, ohne weitere respektiert. Aber das Volk besetzte wie gesagt verschiedene Brücken und den Flughafen, und so kam mit dem Flugzeug, das uns zurück nach Kuba holte, gleich eine neue Medizinalbrigade an: Es war für die honduranische Regierung unmöglich, dem Druck der Strasse zu widerstehen.»

Vorbildliche Süd-Süd-Zusammenarbeit

Der Einsatz in Honduras war gleichbedeutend mit der Geburt des «Programma Integral de Salud», dem umfassenden Gesundheitsprogramm PIS, das Kuba inzwischen 43 Staaten kostenlos gewährt und nicht nur die langfristige Entsendung von Fachpersonal und Gerätschaften vorsieht, sondern auch die Ausbildung von Jugendlichen der betreffenden Länder an der 1999 in Havanna gegründeten «Lateinamerikanischen Schule für Medizin» ELAM. Um die 24'000 Studierende aus 90 Ländern der Dritten Welt und aus vernachlässigten Gegenden der USA haben sich gegenwärtig an einer der 33 medizinischen Fakultäten und der Fakultät für Geburtshilfe eingeschrieben und seit der ersten Diplomierung 2005 verlassen jährlich um die 1'800 neue Ärztinnen und Ärzte die Uni.

«PIS ist der weltweit verbreitetste, menschlichste, adäquateste, Süd-Süd-mässigste Zusammenarbeitsvertrag, der existiert», meint sein Mitbegründer Polanco. «Die Fachleute, die wir entsenden, behalten auf Kuba ihren Arbeitsplatz, erhalten 120% ihres üblichen Gehaltes und eine zusätz-

liche Unterstützung für zurückbleibende Familienangehörige. Der empfangende Staat seinerseits sorgt für ihre Unterkunft, die Verpflegung und eine monatliche Entschädigung in der jeweiligen Landeswährung, die im Gegenwert etwa hundert Dollar entspricht und mit der die Kubaner ihre persönlichen Bedürfnisse befriedigen können.»

Techniker unter dem OP

Unter PIS wird nicht nur direkte medizinische Unterstützung geboten, sondern beispielsweise auch medizinaltechnische. «In den Ländern mit Wegwerfgesellschaft wird ein Gerät, das nicht mehr funktioniert, einfach ersetzt durch ein Neues. Wir auf Kuba leben nicht in einer solchen Gesellschaft sondern haben im Gegenteil die Spezialität entwickelt, fast alles irgendetwas reparieren zu können. Das ist auf dem Gebiet der Medizinaltechnik nicht anders. Diese Fähigkeit versuchen wir in unsern Gastländern ebenfalls weiterzugeben und als Erbe zurückzulassen: Statt beispielsweise für ein neues EKG-Gerät 2000 Dollar auszugeben die Ursache des Defektes zu suchen und das Gerät mit einer Investition von vielleicht 2 Dollar für eine Sicherung oder ähnlichem wieder in Gang zu bringen. Im Spital von Santa Barbara in Honduras etwa funktionierte bei unserer Ankunft kein einziger Apparat mehr. Unsere zwei Techniker bastelten während Stunden und Tagen an den kaputten Röntgengeräten, Beatmungsgeräten, an Hebetischen usw. herum und nach fünf Tagen intensiver Arbeit war das Spital wieder komplett funktionsbereit. Ich selbst habe dort bereits eine Patientin Notfallmässig operieren müssen, während unsere Jungs praktisch noch unter dem Operationstisch lagen und herumgeschraubt haben. Als alles wieder funktionierte, haben die Techniker ihr Wissen in Weiterbildungen an das einheimische Personal weitergegeben.»

Im Zeichen der PIS-Verträge, so bilanzierte die kubanische Zeitung «Granma» im November 2008 zum zehnjährigen Jubiläum, hätten bis zu diesem Datum 117'798'248 Konsultationen und 2'831'870 Operationen stattgefunden. Konservativen Schätzungen nach seien dabei die Leben von fast zwei Millionen Menschen gerettet worden.

Populärer Einsatz

Der Auslandsdienst sei äusserst populär, betont Dr. Polanco. «Unter den 38'000 Gesundheits-Fachleuten, die

gegenwärtig im Ausland tätig sind, befinden sich 19'000 Ärztinnen und Ärzte. Diese können nach ihrer Rückkehr nach ca. zwei Jahren problemlos ersetzt werden. Der internationalistische Einsatz wird als Ehre betrachtet.» Und dient nicht zuletzt der Weiterbildung und der Persönlichkeitsentwicklung, wie Dr. Polanco unterstreicht. «Die Kenntnisse, all die Erfahrung, wie wir uns bei unsern Einsätzen bisher aneignen konnten, sind enorm. Ich hatte vorher nie zu tun zum Beispiel mit einer Leishmaniose, mit einem Trachom, mit der Chagas-Krankheit usw., die in Kuba allesamt nicht oder nicht mehr existieren. Darüber hinaus kommt jeder, der im internationalen Einsatz war, menschlich reicher zurück. Er wird konfrontiert mit Bildern, die er von Kuba her nicht kennt, Menschen beispielsweise, die vor den Toren eines Spitals sterben, weil sie aus finanziellen Gründen abgewiesen werden. Das sensibilisiert. Er kommt menschlicher zurück und revolutionärer. Er kommt mit der gestärkten Überzeugung zurück, dass das was wir erreicht haben, verteidigt werden muss.»

Nutzlose Lockangebote

Es gebe denn auch praktisch keine Internationalisten, die nicht nach Kuba zurückkehren würden, versichert Dr. Polanco. «Natürlich gibt es Anstrengungen der USA, uns Mediziner abspenstig zu machen und dem kubanischen Gesundheitspersonal im Ausland lukrative Angebote zu machen, um sie in die USA zu locken. Aber der Erfolg ist gleich null.» Zwar würden die antikubanischen Kräfte in den USA immer wieder behaupten, alle Kubaner möchten am liebsten in die USA auswandern. «Aber ganz sicher sind sie sich offenbar nicht», lächelt Dr. Polanco. «Fidel stellte im Jahr 2005 nach der Katrina-Katastrophe New Orleans beispielsweise 2000 unserer besten Ärzte zur freien Verfügung, mit Dollars in der Brieftasche zur Bestreitung ihres Lebensunterhaltes. Wären die USA überzeugt gewesen, dass die Kubaner danach nicht mehr nach Kuba zurückkehren wollten, hätten sie vermutlich das Angebot von Fidel nicht abgewiesen. Einen derartigen Propaganda-Sieg hätten sie sich nicht entgehen lassen.»

Vielfältige Programme

Kubanische Gesundheitsteams sind gegenwärtig in 74 Ländern vertraglich geregelt an der Arbeit. Neben den 43 kostenlosen PIS-Abkommen wurden mit andern 30 Ländern Verträge auf Kompensationsbasis abgeschlossen: Der kubanische Gesundheitsarbeiter erhält seinen Lohn direkt vom Gastland und Kuba darüber hinaus eine Entschädigung. Dazu kommen schliesslich Spezialabkommen etwa mit Venezuela, aber auch China, Algerien und Quatar, welche bestimmte Dienste eingekauft haben. Nicht vergessen darf man hier schliesslich Programme wie die immer noch laufende kostenlose «Operation Milagro», die bis anhin das Augenlicht von über 1 Million Lateinamerikanern gerettet hat oder Drei-Staaten-Programme wie das breit angelegte Impfprogramm in Haiti, das von kubanischen Fachleuten durchgeführt und von Frankreich finanziert worden ist.

Tochter der Solidarität

«Kuba ist die Insel der Solidarität, die kubanische Nation selbst ist eine Tochter der Solidarität», betont Dr. Alberto González Polanco am Ende unseres Gesprächs. «Viele Menschen aus verschiedensten Ländern und Kulturen haben für die Entstehung der kubanischen Nation gekämpft. Eine unserer neusten Ärztebrigaden, trägt zum Beispiel den Namen von Henry Reeve, einem Nordamerikaner, der uns im 19. Jahrhundert in unserem Kampf gegen die spanischen Kolonialherren beigestanden ist. Die Reeve-Brigade umfasst heute 3000 Spezialisten aus dem Gesundheitswesen, die jederzeit bereit sind, mit kompletter Infrastruktur irgendwo auf der Welt innert 72 Stunden als Katastrophencorps eingesetzt zu werden. Ge gründet wurde diese Brigade nach dem Hurrikan Kathrina, als wir den USA unsere Hilfe anboten. Bekanntlich wurde das Angebot damals ja abgelehnt, die Idee einer schnellen medizinischen Eingreiftruppe mit der Gründung der Henry Reeve-Brigade am 19. September 2005 jedoch weitergeführt. Sie kam noch im selben Jahr nach den schweren Erdbeben in Pakistan mit über dreissig komplett ausgerüsteten Feldlazaretten zum Einsatz.»

Die Kinder von Tschernobyl

Seit 1990 behandelt Kuba in einer Klinik in der Nähe von Habana Opfer der nuklearen Katastrophe von Tschernobyl, bis anhin 19'000 minderjährigen und 5'000 erwachsene Patienten. Die meisten stammen aus der Ukraine, einige auch aus Russland und Bielorusland.

Die kostenlose Hilfe Kubas war zu Beginn nicht unumstritten. Auf der einen Seite begann sie mit der Wirtschaftskrise im Land und etliche Kubaner fürchteten wegen fehlender Mittel eine Verschlechterung des eigenen Gesundheitsdienstes. Auf der anderen Seite beschuldigten russische Medien die kubanische Regierung, die behandelten Kinder unter schlechten Bedingungen zu versorgen. Längst haben sich beide Einstellungen als falsch erwiesen. Die kubanischen Behörden gaben dem öffentlichen Gesundheitswesen weiterhin hohen Stellenwert und russische sowie ukrainische Wissenschaftler konnten sich überzeugen, dass die Beschuldigungen grundlos waren.

Die grosse Mehrheit der minderjährigen Tschernobyl-Opfer, die auch heute noch nach Kuba kommen und Jahre nach der eigentlichen Katastrophe geboren wurden, sind nicht stark radioaktiv verseucht, sondern leiden unter hohem psychischen Stress. Zu den häufigsten Schädigungen gehören Geschwülste, Blutkrankheiten, Marge-Darmprobleme und Hautveränderungen. Das kubanische Programm führt in jedem einzelnen Fall eine vollständige medizinische Untersuchung durch. Es enthält physiotherapeutische Massnahmen ebenso wie im Notfall risikoreiche chirurgische Eingriffe.

«Kuba hat nie darauf geschaut, ob unterstützungsbedürftige Länder mit Kuba freundschaftlich verbunden sind oder gar zu seinen Gegnern gehörten, noch waren religiöse oder politische Ansichten der notleidenden Bevölkerung je ein Kriterium», sagt der kubanische Chirurg Alberto González Polanco. So wurde das Tschernobyl-Programm selbst dann weitergeführt, als die Ukraine vor der UNO in den Chor jener einstimmt, die Kuba wegen Menschenrechtsverletzungen anklagen...

Gespräch im Zentrum der kubanischen Pharmarevolution

Brücken sind zum Überschreiten

Vor über zwanzig Jahren hat Fidel Castro höchstpersönlich den Ausbau der medizinisch-pharmazeutischen Forschung angeordnet. Nach der kubanischen Bevölkerung könnte auch die Welt davon profitieren.

Von Martin Schwander

Manuel Raíces Pérez Castañeda ist um freundliche Worte für seinen Schweizer Gast nicht verlegen: «Es gibt kaum einen Kubaner, der die Schweiz nicht mit Interesse betrachtet. Und das nicht nur wegen seiner Schokolade», lacht der Molekularbiologe, der mich im imposanten Zentrum für Genetik und Biotechnologie CIGB in Havanna begrüsst. «Wir bewundern die Fähigkeit Ihres Landes, mit praktisch der ganzen Welt einen respektvollen und neutralen Umgang zu pflegen. Und wir vergessen nicht, dass selbst in den gehässigsten Momenten der US-kubanischen Beziehungen die Schweiz Kuba immer mit Achtung begegnet ist.» Pérez Castañeda hatte als einer der Manager des CIGB verschiedentlich Gelegenheit, Geschäftsdelegationen aus der Schweiz zu begleiten: «Die Schweiz ist ein hochentwickeltes Land mit vielen Finanzierungsmöglichkeiten und wäre für uns ein interessanter Partner. In der Biotechnologie sind wir selbst hochentwickelt aber unser Zugang zu finanziellen Mitteln ist sehr begrenzt.» Der Wissenschaftler, der vor seiner jetzigen Tätigkeit als Business Development Executive am CIGB über zehn Jahre im Landwirtschaftsbereich tätig war, bedauert denn auch, dass zunächst vielversprechende Kontakte mit Schweizer Behörden wie dem DEZA etwas eingeschlafen sind.

also bereits im Griff. Nun begann sich unser Interesse auf jene Krankheiten zu richten, die scheinbar unvermeidbar waren und für welche die Heilmittel erst erfunden werden mussten.»

Geburt der Biotechnologie

So stiess der US-amerikanische Krebspezialist Randolph Lee Clark im November 1980 sowohl von der Neugierde wie auch vom Entwicklungsstand der kubanischen Wissenschaft her auf fruchtbaren Boden, als er in Havanna Vorträge über die Forschungsergebnisse seines texanischen

informieren lassen. «Jene, die damals am Projekt beteiligt waren, haben mir erzählt, dass sie nie das Gefühl hatten, einen Staatschef bei sich zu empfangen sondern eher einen Projektleiter, der sämtliche Details im Griff hatte, die Daten lesen und interpretieren und auch eigene Meinungen dazu abgeben konnte.»

Schliesslich war die Forschergruppe erfolgreich und Kuba stand an der Weggabelung. «Es stellte sich uns das gleiche Problem wie einst Ernesto Che Guevara, als er sich bei der Landung auf Kuba vor dem Marsch in die Berge entscheiden musste, den Rucksack mit Medikamenten zu füllen oder mit Munition. Bekanntlich hat er sich damals für die Munition ent-

schieden: Nicht weil er lieber Menschen verletzte als sie zu heilen, sondern weil er sich dem übergeordneten Ziel, die Revolution zum Sieg zu verhelfen, verpflichtet fühlte.»

Neue Front: Gentechnik

Längst hatte das ursprüngliche kleine Labor ausgedient und war dem grosszügigeren Zentrum für biologische Forschungen gewichen. Aber auch dieses Gebäude im Westen der Hauptstadt erwies sich bald einmal als zu bescheiden. «Bis dahin hatten wir keinen einzigen Centavo eingenommen. Was wir hatten war ein sehr gesunder Stolz, dass sowohl der Omnibusfahrer wie die Reinigungskraft oder der berühmte Arzt gleichermaßen von unseren Resultaten profitieren konnten.

schon Versuche am Menschen ist es bei uns Tradition, dass wir uns gleich selbst zur Verfügung stellen. Auch das schafft Vertrauen in der Bevölkerung: Die Menschen wissen, dass sie nicht als Versuchskaninchen missbraucht werden.»

Als die Gebäudekomplexe entstanden, sei ihnen alles gross und überdimensioniert vorgekommen: «Das Leben hat uns gelehrt, dass wir alles viermal so gross hätten bauen müssen», lacht Pérez Castañeda. «Die Zusammenarbeit zwischen allen Elementen unseres Zentrums war derart erfolgreich, dass wir bald diese bald jene Produktion auslagern mussten.»

Folgen der Blockade

Natürlich ist auch im CIGB die Wirtschaftsblockade der USA allgegenwärtig: «Wir können nicht einfach wie ihr in der Schweiz schnell mal per Fax in einer Firma, die eine Stunde entfernt ist, ein Reaktiv bestellen das uns fehlt. Entweder gehört die Firma den USA und darf uns nichts liefern oder wir haben einen laufenden Vertrag mit einer Firma, die dann plötzlich in US-Besitz ist und die Lieferungen stoppt. Deshalb haben wir unser eigenes Lager auf dem Gelände, aber wir müssen uns Ende Jahr jeweils auf 20% genau festlegen, was wir im kommenden Jahr an Reaktiva benötigen. Sämtliche Bedürfnisse werden dann zentral gesammelt und kollektiv beim günstigsten Anbieter gekauft. Ein weiteres Gebäude unseres Zentrums beherbergt eine mechanische Werkstätte, die uns jene Ersatzteile für die Laborgeräte herstellt, die uns wegen der Blockade nicht oder nicht mehr geliefert werden oder gleich selbst eigene Geräte entwickelt.»

Wissen wie aber nicht mit Was

Die Auflösung des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) und der Zusammenbruch des sozialistischen Europa zu Beginn der 90er Jahre führte Kuba praktisch in eine zweite Blockade mit sämtlichen negativen Folgen für die Binnenwirtschaft. Davor blieb auch das CIGB nicht verschont. «Unser Land hat sich damals praktisch innerhalb einer Woche radikal verändert: Von relativem Wohlstand gerieten wir in eine Art Kriegswirtschaft. Prioritär war, unsere Erziehungswesen, im Gesundheitswesen und in der sozialen Wohlfahrt zu schützen. Natürlich spielte unser Zentrum dabei eine wichtige Rolle, aber auch wir konnten von unserer Regierung nicht mehr Geld verlangen für Investitionen, weil die Mittel einfach nicht mehr vorhanden waren. Deshalb mussten wir eine weitere Front angehen: Jene der Kommerzialisierung unserer Produkte im Ausland. Der Bedarf für sie war gegeben. Wir Kubaner wissen oft wie, aber nicht mit was. Andere haben das <was>, aber wissen oft nicht wie.»

Schweizerisches Schweigen

Heute gebe es in Kuba um die 50 Zentren in der Grösse des CIGB, betont Pérez Castañeda. «Damit zog der biotechnologische Sektor mit transnationalen Multis gleich, ohne jedoch deren reine Profitorientierung zu übernehmen.» Inzwischen ist die Abnehmerzahl für biotechnologische Produkte aus Kuba auf 44 Länder gestiegen und könnte ohne US-Wirtschaftsblockade stetig anwachsen. «Jeder potenzielle Abnehmer muss immer noch abwägen, ob er auf unser Angebot eintreten und damit eventuell Sanktionen von Seiten der USA in Kauf nehmen will.» Ob dieser Umstand bisher wohl auch Geschäftsbeziehungen mit Partnern aus der Schweiz behindert hat? «Vor drei Jahren waren der schweizerische Staatssekretär für Bildung und Forschung, Charles Kleiber, der Rektor der Uni



Das Zentrum für Gentechnik und Biotechnologie im Westen Havannas. 550 Wissenschaftler und Ingenieure arbeiten hier an über 50 verschiedenen Forschungsprojekten. Foto CIGB

Probleme statt Profit

«Wir haben auf dem Gebiet der Biotechnologie einen Stand erreicht, der mit jenem in der Schweiz oder den USA vergleichbar ist, ohne denselben Zugang auf Forschungseinrichtungen oder wirtschaftliche Ressourcen zu haben wie diese Länder.» Pérez Castañeda führt diesen Umständen etwa darauf zurück, dass sich der technologische Fortschritt auf Kuba nicht nach Marktprinzipien ausgerichtet hätte sondern auf die Lösung der dringendsten Probleme seines Landes. «Die Revolution hat aufgeräumt mit dem Konzept, dass nur jener zu gewissen Dingen kommt, der das notwendige Geld dazu aufbringen kann. In diesem Sinne ist unsere Biotechnologie auch eine Konsequenz aus dem freien Zugang zur Bildung, aus dem kostenlosen Gesundheitswesen, unserem System der sozialen Sicherheit für alle.» Ein Land kann nicht frei sein ohne Bildung, erinnert der junge Wissenschaftler an die sechziger Jahre, als sich Kuba innert kürzester Zeit des Analphabetismus entledigte. «Um richtige Entscheidungen fällen zu können, braucht es Wissen, und deshalb war der Aufbau unseres Bildungswesens von derartiger Bedeutung. Und um Wissen akkumulieren zu können, braucht es Gesundheit. Deshalb haben wir das Land bis in die hintersten Winkel mit einem dichten Netz von Gesundheitszentren, von Familienärzten, von Polikliniken, Kliniken und Spitälern überzogen.»

Gestorben wird wie in der Schweiz

Kuba habe, so Pérez Castañeda, die achtziger Jahre möglicherweise als einziges Land der Tropen in Angriff genommen, in welchem die hauptsächlichsten Krankheiten dieser armen Länder ausgerottet worden seien. «Die häufigsten Todesursachen auf Kuba unterscheiden sich heute kaum von jenen in der Schweiz: Herzprobleme, Krebs und Altersschwäche. Was vermeidbar ist an Krankheiten hatten wir zu Beginn der 80er Jahre

Krebsinstitutes hielt. «Lee Clark hatte als Pionier in der Krebstherapie zu dieser Zeit eine führende Rolle inne und konnte insbesondere mit Interferon aufsehenerregende Erfolge im Kampf gegen virale Erkrankungen und gegen einige Tumorarten aufweisen.» Das natürliche Interferon sei bereits 1957 entdeckt worden und diene dem Körper wie eine Patrouille, die sein Immunsystem auf Viren aufmerksam mache. «Lee Clark nun hatte die Vision, diese Patrouille in ein Heer umzuwandeln, das Viren nicht nur entdeckt und meldet, sondern gleich auch bekämpft. Dazu musste er das aus dem menschlichen Blut gewonnene Interferon um ein Vielfaches konzentrieren.»

Die Vorträge des Professors aus Houston weckten Interesse bis in den Präsidentenpalast zu Fidel Castro. «Fidel hat das Potenzial des Interferon sofort erkannt und bat Clark um eine Unterredung.» Folge dieses Gesprächs war die Entsendung zweier kubanischer Forscher nach Houston. «Sie wurden dort während zwei Wochen in die klinische Interferontherapie eingeführt und nach ihrer Rückkehr berichteten sie wiederum Fidel Castro von den neuen Möglichkeiten, die sich dem kubanischen Gesundheitswesen eröffnen könnten.» Die Beiden erhielten grünes Licht, den Aufbau einer lokalen Produktionsstätte für Interferon auszuloten und konnten dazu weiteres Personal rekrutieren: «Insgesamt waren es dann sechs Wissenschaftler und einige Assistenten, die in einem kleinen Wohnhaus der Regierung mit ihrer Arbeit begannen. Das Haus wurde über Nacht in ein kleines, aber feines Laboratorium umgewandelt.»

Nächtliche Besuche

Während 57 aufeinanderfolgenden Nächten erhielten die Forscher hohen Besuch: Fidel Castro wollte sich jeweils persönlich über die Fortschritte

Entscheid für den heimischen Markt

«Mit der erfolgreichen Produktion von Interferon eröffneten sich Kuba ebenfalls zwei Alternativen: Entweder wir werfen das Interferon auf den damals noch jungfräulichen Markt der industrialisierten Länder mit entsprechenden Milliardeneträgen. Oder wir verwenden es für die kostenlose Behandlung unserer eigenen Bevölkerung. Wir haben uns für Letztere entschieden.» Eine Injektion, so konkretisierte Pérez Castañeda die finanzielle Bedeutung dieses Entscheids, sei damals auf dem Weltmarkt für etwa 2000 Dollar gehandelt worden. «Ein einziger Patient benötigte aber um die 70 solcher Spritzen. Stell Dir mal vor, was wir uns entgegen liessen.»

Prestigegewinn

Innerhalb von zwei Jahren verwandelte sich Kuba in das Land mit den meisten klinischen Versuchen mit Interferon. «Der Entscheid, das Interferon zur Deckung unserer eigenen Bedürfnisse zu verwenden, hat bei unserer Bevölkerung zu einem riesigen Prestigegewinn für unsere Forschung geführt und zur Bereitschaft, weitere derartige Projekte mit vollem Einsatz zu unterstützen, unter anderem auch zur Bereitschaft, sich für klinische Studien zur Verfügung zu stellen. Die Produktion von Interferon war für uns nicht Ziel, sondern Anfang eines neuen Weges.»

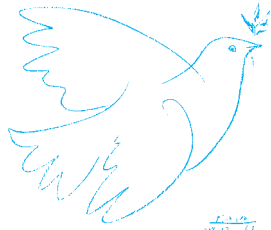
Als die Insel von einer Meningitis-Epidemie heimgesucht wurde und Hunderte von Kindern an Hirnhautentzündungen starben oder bleibende Schäden davontrugen, waren es wiederum die kubanischen Biotech-

1984 eröffneten wir eine neue Front: Jene der Gentechnik, die in Kuba auf eine solide Wissenschaftsbasis zurückgreifen konnte. Die Nachfrage zum Beispiel nach Interferon war derart gestiegen, dass wir unbedingt einen Weg finden mussten, bei der Produktion auf das menschliche Blut verzichten zu können. Heute erhalten wir mit dem Einführen eines einzigen Interferon-Gens in eine Bakterie innerhalb von 24 Stunden soviele Interferon wie aus etwa 50 000 Blutspenden.»

Von der Forschung bis zur Produktion

Um diesen neuen Anforderungen gerecht zu werden, wurde 1985 der Grundstein für das heutige Zentrum für Genetik und Biotechnologie gelegt. «1986 konnte das Zentrum bereits eröffnet werden. Es gilt in seiner ganzen Konzeption noch heute als eines der fortschrittlichsten der Welt. Also stell Dir mal vor, wie es damals, vor über zwanzig Jahren gewirkt haben muss.» Die Aufgaben, die dem Zentrum übergeben wurden, waren enorm: Es sollte nicht nur Impfstoffe entwickeln und Therapien, sondern sich auch um Belange der Viehzucht und des Veterinärwesens allgemein kümmern, um Probleme in der Landwirtschaft, um Pflanzenschädlinge usw. «Unser Zentrum hatte sich mit sämtlichen Problemen des Landes zu befassen, die in der Gentechnik oder der Biotechnologie eine Lösung finden könnten. Deshalb ist es auch allein schon architektonisch so aufgebaut, dass sämtliche Abteilungen in ständiger Kommunikation zueinander stehen. Und wir haben auch gleich verschiedene Produktionsstätten integriert, damit von der Forschung und Entwicklung direkt in die Produktion gegangen werden kann.» Tierversuche würden unter strenger Einhaltung ethischer Normen ebenfalls im Zentrum vollzogen. «Und für die klini-

ISSN 1423-6826
sfb@bluwin.ch



Zeitung der Schweizerischen Friedensbewegung (SFB)

Impressum

«Unsere Welt» erscheint bis sechsmal jährlich.
Auflage: 10 000
Herausgeber: Schweiz. Friedensbewegung,
Postfach 2113, CH-4001 Basel
Tel. 061/681 03 63, Fax 061/681 76 32
Verantwortlich für Herausgabe: Martin Schwander
Redaktion: Franziska Genitsch, Toni Mächtlinger,
Ruedi Moser, Louise Stebler, Martin Schwander
E-Mail: sfb@bluwin.ch
Abonnementspreis: mindestens 12 Franken.
PC: 40-1627-7
Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht
unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Satz/Layout: ComTex, 3414 Oberburg
Druck: Bubenberg Druck- und Verlags AG, Bern

Mithelfen

«Unsere Welt» erscheint seit 1978. Dies, weil die Freundinnen und Freunde der UW mit Spenden es ermöglichen und weil viele Helferinnen und Helfer bei der Verbreitung mitmachen.
Wie kann man helfen?
Indem Sie den Einzahlungsschein benützen und/oder einen Bund Zeitungen bestellen und an Ihrem Ort an Versammlungen oder in die Briefkästen verteilen.

Senden Sie mir gratis Exemplare
«UNSERE WELT».

Senden Sie diesen Talon an:
SFB, Postfach 2113, CH-4001 Basel

Name: _____
Vorname: _____
Adresse: _____
PLZ, Ort: _____

Unsere Welt



«Freiheit für die Fünf»: 1998 wurden in Miami fünf Kubaner wegen angeblicher Spionage zu langen Gefängnisstrafen verurteilt und sitzen seither in Einzelhaft, zum Teil ohne Besuchsrecht ihrer Angehörigen. Ihr Verbrechen: Sie infiltrierten exilkubanische Terrorgruppen und verhinderten mit ihren Informationen, die auch dem FBI übergeben wurden, Anschläge auf Menschen und Einrichtungen in Kuba. Plakat: Manuel Fernández Malagón.

**Petition für die «Miami 5» vor Gerichtshof
Letzte Hoffnungen?**

Am 30. Januar 2009 haben die Anwälte der fünf in den USA zu langjährigen Haftstrafen verurteilten kubanischen Antiterror-Kämpfern beim Obersten Gerichtshof der Vereinigten Staaten eine Petition eingereicht mit dem Ziel, dass der Gerichtshof den Fall überprüfe. Es handelt sich dabei praktisch um die letzte Möglichkeit, den seit über zehn Jahren in den USA einsitzenden kubanischen Menschenrechtlern doch noch ein faires Verfahren zu ermöglichen.

Von Martin Schwander

«Was haben unsere fünf Mitbürger getan?», klagt der Kubaner Roberto Gonzalez. «Sie wurden verhaftet, weil sie die Menschenrechte verteidigt haben», gibt er gleich selbst die Antwort. «Die Fünf sind im Gefängnis für die Selbstbestimmung der Völker, dafür, dass kein Mensch mehr sterben muss wegen einer Bombe, die von einem Terroristen gelegt wurde, für das Recht auf Leben, dafür, dass kein Lehrer mehr ermordet wird, während er in den Bergen unterrichtet, dass kein Fechter mehr nach der Rückkehr von einer Meisterschaft ums Leben kommt, weil sein Flugzeug zum Absturz gebracht wurde.»

Internationaler Druck

«Ob die fünf Kubaner freikommen, hängt heute vermutlich mehr von der internationalen Solidarität ab als von den Gerichten», meint Roberto Gonzalez Seherer mit dem Gespräch mit «Unsere Welt». Der angesehene kubanische Anwalt ist Mitglied des Verteidigungsteams der Miami 5 und Bruder des zu fünfzehn Jahren verurteilten René Gonzalez. «Vor Gericht

bleibt uns eine einzige Möglichkeit, und das ist diese Petition, die nun eingereicht worden ist. Wir wissen aber, dass der Oberste Gerichtshof gerade nur 1 bis 2% der vorgelegten Fälle zur Überprüfung zulässt. Die Chancen sind also gering, auch wenn es genügend Gründe dafür gäbe, dass unsere Petition zugelassen werden müsste. Dieser Meinung ist sogar einer der Richter des Appellationshofes von Atlanta.»

In der Petition wird vor allem die Weigerung angesprochen, den Prozess gegen die fünf Anti-Terroristen aus dem hysterisch antikubanischen Klima Miamis ins neutralere Ford Lauderdale zu verlegen. «Zunächst hatte der Appellationshof die Verurteilungen genau mit der Begründung ausser Kraft gesetzt, dass unsere Mitbürger in Miami keinen fairen Prozess erhalten hätten. Später wurde diese Entscheidung mit der Begründung revidiert, das feindselige Klima sei keine relevante Rechtsangelegenheit. Auf diesen Widerspruch weisen wir in der Petition hin», unterstreicht Roberto.

Auch die Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen hatte das

Verfahren in Miami gegen die Kubaner verurteilt, ein einmaliger Beschluss dieser Kommission im Bezug auf die USA. Indem sie das «Klima der Parteilichkeit und des Vorurteils» in Miami hervorhob, kam die UNO-Arbeitsgruppe über willkürliche Verhaftungen zu dem Schluss, dass das «Verfahren nicht in dem Klima der Objektivität und der Unparteilichkeit stattfand, das nötig ist, um den Vorschriften über ein gerechtes Verfahren zu entsprechen.»

Robert Gonzalez ist sich bewusst, dass beim Entscheid des Obersten Gerichtshofes, der im Juni erwartet wird, nicht in erster Linie rechtliche Überlegungen eine Rolle spielen werden sondern vorab politische. «Deshalb appellieren wir immer wieder auch an die internationale Solidarität. Einerseits braucht es Druck von aussen, damit wir überhaupt zur Revision zugelassen werden, andererseits darf die internationale Gemeinschaft in ihrer Forderung für die sofortige Freilassung der Miami 5 nicht nachlassen.»

**Günter Grass mit
Freundesbrief**

Unterstützung erhielt die Petition des Verteidigungsteams vor allem in Form von sogenannten Freundesbriefen. Diese «Amicus» sind ein im schweizerischen Recht unbekanntes Dokument, mit dem ein «Freund des Gerichts» (amicus curiae), der nicht Verfahrenseteiligter ist, diesem relevante Informationen übermittelt, die von den Parteien noch nicht vorgetragen wurden, für das Gericht aber von beträchtlicher Wichtigkeit sind. Bis zum 6. März waren 12 derartige Briefe beim Obersten Gerichtshof der USA eingetroffen, eine Anzahl, die zur Revision in einem Strafverfahren noch nie erreicht worden ist. Unter-schieden haben die Briefe zum Beispiel Nobelpreisträger wie der Präsident von Osttimor, José Ramos Horta, Adolfo Pérez Esquivel, Rigoberta Menchú, José Saramago, Wole Soyinka, Zhores Alferov, Nadine Gordimer, Günter Grass, Dario Fo und Mairead Maguire, aber auch der komplette Senat von Mexiko, die Nationalversammlung von Panama, Mary Robinson, Präsidentin von Irland von 1992 bis 1997 und Hochkommissarin für Menschenrechte der Vereinten Nationen von 1997 bis 2002, 87 Mitglieder des Britischen Unterhauses, sieben Abgeordnete des Deutschen Bundestages, die Internationale Vereinigung demokratischer Juristen und die Amerikanische Juristenvereinigung, die Vereinigung der Strafrechtsanwälte von Florida, der ehemalige Generaldirektor der UNESCO und ehemaliger Minister Federico Mayor Zaragoza, die Vereinigung der flämischen Anwälte und die Vereinigung der Französisch und Deutsch sprechenden Anwälte Belgiens, Richter Juan Guzmán Tapia aus Chile und viele mehr.

Weitere Freundesbriefe wurden von US-amerikanischen Organisationen vorgelegt und bitten den Obersten Gerichtshof, dass er die Eliminierung von Afro-Amerikanern aus der Jury prüfen möge (der damalige Staatsanwalt schloss in sieben von neun Malen, in denen er das Recht hatte, den Austausch eines Mitglieds der Jury zu

verlangen, afroamerikanische Geschworene aus).

Roberto anerkennt alle Anstrengungen besonders in den USA, die Freiheit der Fünf zu erlangen. «Die Solidarität entwickelt sich mit aller Kraft. Aber es ist ausserordentlich schwierig: Die grossen Medien verschweigen den Fall. Eigentlich wäre das vom journalistischen Gesichtspunkt aus gesehen ja eine sehr interessante Geschichte, mit allem was sich Leser wünschen: Spionage, Morde etc., mit allem Stoff für einen Bestseller. Aber irgend etwas muss geschehen sein. Zwar war die grosse Presse an den Gerichtsverhandlungen dabei, aber hat dann darüber nicht berichtet. Was wollten sie auch schreiben? Dass die Verhandlungen klar ergeben hätten, dass die Anschuldigungen nicht haltbar sind? Dass es weder Spionage gab noch Morde? Dass es dafür in Miami terroristische Gruppen gibt, die von den USA gefördert werden? Offenbar bestand kein Interesse daran, all dies zu publizieren. Genau gleich hat natürlich auch die Solidarität mit den Fünf Schwierigkeiten, eine öffentliche Plattform zu erhalten. Die Information muss praktisch von Tür zu Tür getragen werden. Deshalb bewundern wir die hartnäckige und nachhaltige Arbeit unserer US-Freunde in höchstem Masse.»

Obamas Zeichen?

Bezüglich Regierungswechsel in den USA zeigt sich Roberto nur verhalten optimistisch. «Es bestehen von überall her Erwartungen auf Veränderungen, vor allem auch in den USA selbst. Die Regierung müsste zu nächst einmal Zeichen setzen bezüglich der eigenen Menschenrechtssituation, der täglichen und systematischen Menschenrechtsverletzungen auf US-Territorium. Vielleicht wird sich im Rahmen dieser Veränderun-

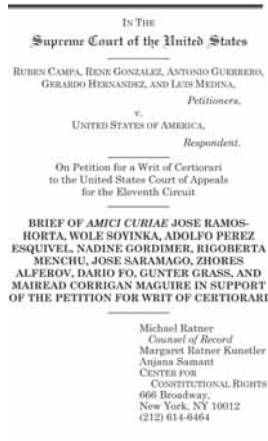
Fortsetzung von Seite 7

Basel und Vertreter der ETH Lausanne bei uns zu Gast», erinnert sich Pérez Castañeda. «Eigentlich hatte ich damals erwartet, dass dieser Besuch eine Lawine von Anfragen für



Das etwas andere Kuba: Hochleistungslabors im CIGB. Foto CIGB

unsere Angebote auslösen würde. Das war aber nicht der Fall. Es war, als sei nach diesem Besuch alles erstarrt. Gleichzeitig haben sich ja auch die wirtschaftlichen Feindseligkeiten der USA in den letzten fünf Jahren ausserordentlich verstärkt.» Ob die Schweiz hier irgendwelchem Druck gewichen sei, könne er nicht sagen:



Titelblatt des Amicus-Briefes von zehn Nobelpreisträgern.

gen dann auch eine Änderung im Fall der Fünf ergeben. Unsere Erfahrung lehrt uns, dass wie immer auch der Präsident der Vereinigten Staaten heisst, er der Präsident eines Imperiums bleibt, das auf Domination ausgerichtet ist. Je nach dem, wessen Interessen in diesem Imperium gerade die Oberhand erhalten, können sich taktische Änderungen ergeben zum Beispiel bezüglich dem Image, und in diesem Zusammenhang hoffen wir natürlich darauf, dass das Thema der Fünf irgendeine positive Antwort erhält.»

Ob diese Hoffnung sich erfüllt, erfahren wir spätestens am 6. April: Bis dahin muss die US-Regierung ihre Stellungnahme zur Petition des Verteidigungskomitees der Fünf an den Obersten Gerichtshof abgeliefert haben.

«Vielleicht waren unsere Arbeitslinien einfach nicht interessant genug für die Besucher aus der Schweiz», meint Pérez Castañeda diplomatisch, nicht ohne anzufügen: «Ich kann mir das aber eigentlich kaum vorstellen. Wir sind auf alle Fälle äusserst interessiert an der Zusammenarbeit und könnten einander so viel geben. Die Brücke zwischen uns und der Schweiz besteht: Sie macht aber nur Sinn, wenn sie beschriftet wird.»

Auch die Biotechnologie wird im Übrigen von der Solidarität Kubas gegenüber den Ländern des Südens nicht ausgenommen: So liefert Kuba seine Impfstoffe und Heilmittel an eine ganze Reihe von Ländern zum Selbstkostenpreis oder gar kostenlos. Pérez Castañeda weist dabei auf einen weiteren wichtigen Punkt hin: «Ein wesentliches Element gerechter Süd-Süd-Beziehungen stellt der Technologietransfer dar. Dank unserem Transfer können heute Länder hochstehende Medikamente zu Kosten herstellen, die weiter unter dem Preis liegen, welche ein Chemie-Multi verlangen würde. Natürlich fordert diese Art von Zusammenarbeit viel Vertrauen: Der Technologietransfer darf allein dazu dienen, die nationalen Bedürfnisse der betroffenen Länder zu befriedigen.»